

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.50 M., monatlich 1.10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 Verlags- und Verkaufsanzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetrate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.

**Korrespondenz:** Postl. Nr. 1508.  
 Telephon-Nr.: 11.  
 „Sozialdemokratisches Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 22. September 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Minister Thielen und die Häufigkeit der Eisenbahn-Unfälle.

Der Zusammenhang zwischen der Sparpolitik der preussischen Regierung und den häufigen Unfällen auf den preussischen Staatsbahnen ist hinlänglich nachgewiesen. Noch unerörtert dagegen ist die Frage, welchen Grad von Verantwortung für diese Politik den preussischen Eisenbahn-Minister Thielen persönlich trifft.

Es wird in der Presse versucht, die volle Schuld am herrschenden System dem Finanzminister v. Miquel aufzubürden und seinen Kollegen als einen Mann zu beurtheilen, der gleichsam von Miquel hypnotisirt, nur der Handlanger des Finanzministers sei. Nichts irriger, als diese Vorstellung. Der Eisenbahnminister ist vielmehr im Gegensatz zu seinem Vorgänger v. Manbach ein eingesehener Ueberschusspolitiker, dessen höchster Ehrgeiz von Anfang an seine ministeriellen Laufbahn daraufhin abzielte, die Betriebs-Unterhaltungskosten in seinem Ressort von Jahr zu Jahr systematisch herabzudrücken.

Minister Thielen kann es nie übers Herz bringen, seinen Etat dem Landtage vorzulegen, ohne auf seine Erfolge, die Betriebsausgaben von Jahr zu Jahr vermindert zu haben, hinzuweisen. Wenn die Gesamteinnahmen der preussischen Bahnverwaltung gleich 100 gesetzt werden, so bildet die entsprechende Verhältniszahl, die die Betriebsausgaben darstellt, den beliebigen Thielen'schen Betriebskoeffizienten. Von vornherein ging Herr Thielen von dem Bestreben aus, diesen Betriebskoeffizienten immer kleiner zu machen. Als er zum ersten Male im Landtage seinen Etat vorlegte, da betonte der Minister ganz besonders nachdrücklich die Nothwendigkeit, sparsam zu wirtschaften. In beweglichen Worten bat er um die Unterstützung der Volksvertretung. Kein Widerspruch regte sich gegen seine Absicht und nach fünf Jahren kann man schon deutlich die Erfolge der Thielen'schen Wirtschaftsweise feststellen.

Als Manbach ging, betrug der Betriebskoeffizient 65 pCt. 100 M. Einnahmen standen 65 M. Ausgaben gegenüber. Das war im Jahre 1891/92. Nun vergeht kein Jahr, wo der Minister Thielen nicht auf sein erfolgreiches Kunststück hinweist, die Betriebsausgaben herabgemindert zu haben. Am 6. April 1894 konnte Herr Thielen dem Landtage die Mittheilung machen, daß das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen von 65 pCt. im Jahre 1891/92 auf 60 pCt. zurückgegangen ist. Und in diesem Jahre kennt der Minister vor Freude und Genugthuung keine Schranke, als er vor versammeltem Landtag verkünden kann, daß der Betriebskoeffizient sich gegen die letzten Jahre abermals erheblich vermindert habe. Nachdem er auf die Erhöhung der Einnahmen hingewiesen hatte, sprach er davon, daß die Ausgaben nicht nur nicht gewachsen seien, sondern sich sogar noch vermindert haben, und fährt dann fort: „Infolge dessen hat sich auch der Betriebskoeffizient günstiger gestellt, 1894/95 betrug er 59,60 pCt. und 1895/96 nur 55,47 pCt. Ein Rückblick auf die letzten fünf Jahre zeigt, daß die Einnahmen stetig gewachsen, die Betriebsausgaben dagegen gefallen sind. Das überraschende Ergebnis des Rückgangs der Ausgaben ist wesentlich auf die Sparpolitik und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zurückzuführen. Damit noch nicht genug, kündigte der Minister in der nächsten Sitzung vom 9. März für das laufende Jahr 1896/97 eine weitere Herabminderung seines Betriebskoeffizienten an.“

In der That — ein überraschendes finanzielles Resultat der Sparpolitik des Ministers Thielen seit Beginn seiner Ministerthätigkeit. Um 10 pCt. hat er in fünf Jahren seinen Koeffizienten herabgeschraubt: wo früher je 65 M. zum ordentlichen Betrieb der Eisenbahnen verausgabt werden mußten, da kommt er heute schon mit 55 M. aus! Die Eisenbahn-Einnahmen betragen jährlich über 1000 Millionen Mark. Bei 1000 Millionen schon spart die jegliche Verwaltung an Betriebsausgaben jährlich nicht weniger als rund 100 Mill. Mark! Wenn's mit dem finanziellen Erfolge allein gethan wäre, alle Welt wäre mit dem Selbstlob des Ministers Thielen einig! Aber es giebt auch noch Menschen in dem Reiche des Ministers Thielen. An 275 000 Personen beschäftigt die preussische Eisenbahn-Verwaltung. Und wenn auch Herr Thielen seine Fürsorge für das Heer seiner Beamten nicht, nichtbestweiger ist es unumföhlliche Thatsache, daß seine Sparpolitik in erster und fast alleiniger Linie nur dadurch ihre großen finanziellen Erfolge erzielt hat, daß an Löhnen und Gehältern ebenso wie an Personal in ganz erschreckender Weise gespart wird.

Der Minister Thielen ließ in seiner Rede am 9. März so ganz von oben herab einige Worte über die übrigen Eisenbahn-Verwaltungen im Reiche fallen, bei denen der Betriebskoeffizient noch wesentlich höher stehe wie in Preußen. Er meinte vornehmlich Bayern, Sachsen und Württemberg, wo diese Zahl immer noch 65,9—66,93 pCt. beträgt. Wir wollen hier gewiß nicht das Lob anderer Bundesstaaten singen. Aber wir können an ihnen zeigen, welche Miswirthschaft in Preußen zur Zeit herrscht.

Die gesammelten Betriebsausgaben betragen für das Jahr 1895 auf 1 Kilometer durchschnittliche Betriebslänge in Sachsen 24 694, in Preußen 21 268 M. Davon zahlt Sachsen für Beamte und Arbeiter 13 905, Preußen aber nur 10 169 M. Es ergibt

sich also, daß Preußen zwar an sächlichen Ausgaben noch etwas mehr als Sachsen auf 1 Kilometer leistet, nämlich 11 099 M. gegen 10 789 M., dagegen an Löhnen und Gehältern pro Kilometer Betriebsstrecke 3796 M. mehr erspart wie das gleichfalls nicht unsparsame Sachsen. Durch diese „Sparpolitik“ an Löhnen und Gehältern macht Preußen bei 29 197 Kilometer Betriebsstrecke einen Schnitt von 28 Millionen Mark, um die die preussischen Eisenbahn-Bediensteten gegenüber den sächsischen benachtheiligt werden. In letzter Zeit ist ja eine ganze Reihe von Details zu Tage gefördert worden, das gezeigt hat, auf welche Weise im einzelnen das Personal „billig und leistungsfähig“ gemacht wird. Am berühmtesten dürften wohl die allgemeinen Bestimmungen über die Höchstdauer der Dienstzeit sein, die überall eine Dienstdauer bis zu 16 Stunden zulassen und neben denen noch eine besondere amtliche Anweisung besteht, wonach Ueberstunden des Zugpersonals bis zu vier Stunden in die amtlichen Bücher nicht eingetragen und auch nicht vergütet werden dürfen. Auf diese Weise ward es dann möglich, daß nach den Mittheilungen über die Arbeitszeit des Eisenbahn-Personals, die dem preussischen Abgeordnetenhaus zugehen, nur ein kleiner Prozentsatz Arbeiter zwölf und mehr Stunden beschäftigt waren. Diese ganze Statistik ist jedoch von A bis Z werthlos, denn es fehlen überall die geheimen Ueberstunden, die nicht verzeichnet und nicht bezahlt werden dürfen.

Der Minister Thielen weiß, daß er die Herabminderung seines Betriebskoeffizienten nur durch Ausnutzung und längliche Bezahlung seiner Angestellten erreicht hat, er kennt die Mittel, durch die seine finanziellen Erfolge erzielt werden, er kennt weiter die geheime Anweisung, die Ueberstunden betreffend; aber es fällt ihm nicht ein, von der Durchführung seiner Theorie abzulassen.

Ja, der Minister wird auch durch die Häufigkeit der Eisenbahn-Unfälle sich nicht befehen lassen. Denn er hatte schon früher Gelegenheit gehabt, aus der Eisenbahn-Statistik die Folgen seiner Sparpolitikstheorie zu ersehen. Schon im Jahre 1894/95, als der Betriebskoeffizient für Preußen 58,79, für Sachsen aber 65,09 pCt. betrug, wurde ziffernmäßig festgestellt, daß auf 1 Million beförderte Reisende in Preußen 0,89, in Sachsen nur 0,81 Verunglückte kamen. Dieses Resultat hätte damals schon Anlaß geben sollen, die Herabminderung des Betriebskoeffizienten nicht allzuweit zu treiben; denn es vermindert die Sicherheit des reisenden Publikums, indem es die Unfallgefahr erhöht. Aber man hat sich um dieses Ergebnis nicht weiter gekümmert; noch strammer als bisher wurden die spartanischen Grundsätze dem Personal gegenüber angehaßt und die Folgen dieser Wirtschaft sind eben die Unglücksfälle der vergangenen Wochen.

Es ist vergebliche Mühe, das jegliche System von der Verantwortung für den Tod und das Siechtum so vieler Personen freisprechen zu wollen. Es ist aber ebenso sicher, daß der jegliche Eisenbahn-Minister Thielen dieses System mit größtem Eifer gefördert und mit selbstgefälligem Stolz als das seinige verfochten hat.

Und trotz alledem wird der Minister auch angesichts der letzten, betrübenden Unglücksfälle nicht aufhören, eine weitere Verminderung des Betriebskoeffizienten anzustreben. Zunahme der Unzufriedenheit unter den Bahnangestellten und steigende Betriebsunsicherheit auf den preussischen Bahnen werden die unausbleiblichen Folgen sein. Aber der Herr Minister ist allen sachlichen Auseinandersetzungen gegenüber, die gegen sein System sprechen, taub, er wird das nächste Jahr mit gleicher Befriedigung wie im März dem Landtage seine klingenden Erfolge vorrechnen und alle Unglücksfälle und Entgegnungen auf die Unachtsamkeit und den Leichtsinne untergeordneter Beamten zurückführen, deren Arbeitszeit laut offizieller Statistik, wie sie dem Landtage vorgelegt wird, auf dem Papier wirklich so schön geregelt ist.

### Politische Ueberblick.

Berlin, 21. September.

**Der deutsche und der österreichische Kaiser** tauschten sehr warme Tischreden heute in Budapest aus, beide Monarchen betonten ihren großen Eifer, den Frieden zu erhalten. Der langen Rede des deutschen Kaisers lag der Gedanke zu grunde, die Leistungen der in Ungarn herrschenden magyarischen Nation aufs höchste zu rühmen und seinen Sympathien für Ungarn überaus starken Ausdruck zu geben. So sehr das auch dem deutschen Kaiser in den Ländern der Stephenskrone hoch angerechnet werden wird, so wird in den deutsch-slavischen Ländern diese Rede keine gleiche Wirkung hervorufen.

**Anderes als die Erlasse des Herrn Thielen** klingt eine Verfügung der Eisenbahn-Direktion zu Halle hinsichtlich der Dienstdauer des Lokomotivpersonals:

Der zur Zeit lebhafteste Verkehr macht oft die unmittelbare Abfassung von Bedarfs-Sonderzügen erforderlich, für welche das notwendige Lokomotivpersonal nicht im voraus bestellt werden kann. Bei etwa eintretendem Mangel an Reservelokomotiven bereitet die Gestaltung des zur Beförderung solcher Züge erforderlichen Lokomotivpersonals, insbesondere der zur Führung von Lokomotiven berechtigten Beamten Schwierigkeiten. In solchen Fällen muß oft auf das ruhende Personal noch vor Ablauf der demselben planmäßig zustehenden Ruhezeit zurückgegriffen werden; oft muß auch Personal, welches den planmäßigen Dienst abgeleistet hat, zur

Weiterfahrt verwendet werden. Wenn sich auch gegen solche Maßnahmen im Ausnahmefall nichts zu erinnern findet, sofern das betreffende Personal nicht überanstrengt wird, so kann bei nicht sorgfältiger Prüfung der den betreffenden Beamten noch aufzurückenden Dienste leicht eine Uebermüdung des Personals eintreten, welche die Sicherheit des Betriebes ernstlich in Frage stellt. Wir weisen die Dienststellen-Vorsteher daher an, in jedem derartigen Falle auf das sorgfältigste zu prüfen, ob und bis zu welchem Maße eine Inanspruchnahme des Personals außerhalb des planmäßigen Dienstes nach den Vorschriften für die tägliche Dienstdauer des Lokomotivpersonals eintreten darf. Eine Ueberschreitung der vorgeschriebenen Dienstdauer ist unter allen Umständen unzulässig; in schwierigen Fällen wird sich solche auch durch rechtzeitige Ablösung vermeiden lassen, sei es durch Beamte der eigenen oder einer Nachbarstation. Die Maschinen-Inspektionen wollen die Befolgung der fraglichen Vorschriften sorgfältig überwachen und außerdem in eine Prüfung darüber eintreten, ob das zur Führung der Lokomotive berechnete Personal auf einzelnen Stationen einer Vermehrung bedarf.

Die Eisenbahn-Direktion zu Halle erkennt verständigerweise an, daß eine Ueberanstrengung des Personals vorkommt, und bemüht sich, diesem schweren Uebelstande entgegenzuwirken. Auffallend ist es aber, daß auch diese Eisenbahn-Direktion eine Beschäftigung des Personals vor Ablauf der planmäßigen Ruhezeit oder sofort nach Beendigung des planmäßigen Dienstes für gewisse Fälle für zulässig hält. Wir meinen, daß solche Fälle überhaupt in jedem Falle beseitigt werden müssen und beseitigt werden können.

Weiter aber kann es natürlich nicht genügen, daß nur die vorgeschriebene Dienstdauer möglichst inne gehalten wird. Vielmehr ist an der Hand der amtlichen Statistik hinreichend erwiesen worden, daß gerade die regelmäßige Dienstdauer selbst vielfach eine Ueberlänge ist. Nicht nur Innehaltung der jetzt normal vorgeschriebenen Dienstzeit, sondern Verkürzung der Dienstzeit ist die Hauptaufgabe für eine Eisenbahn-Verwaltung, welche sozialpolitisch wirken und zugleich die Unfälle, soweit sie durch die Ueberanstrengung der Bahnangestellten verursacht werden, aus der Welt schaffen will.

**Die sächsischen Konservativen** sind zweifelsohne unter allen Konservativen des Reiches die traurigste Sorte. Nirgendes ist Kriecherei und politische Heuchelei in höherem Grade zu finden als bei ihnen. Sie kriechen vor Jedermann, der ihnen Vortheile giebt; sie haben die Kunst verstanden, vor der Regierung zu kriechen und zugleich vor Bismarck zu kriechen. Sie haben es in der Streberkunst noch weiter gebracht als ihre preussischen Gesinnungsverwandten — und das will gewiß viel sagen.

Jetzt haben sie den Dank dafür erhalten vom **Hanse Bismarck**. Herr Paul Mehnert, der samose Ex-Spasmacher des Reichstages, der jetzt nur noch im sächsischen Landtage seine Ephe treiben darf und, um dies auch fernerehin zu dürfen, an der Einführung des Klassenwahlrechts in Sachsen fleißig mitarbeitete, hat angefragt, ob denn die Bismarck'schen Auslassungen gegen die konservative Partei sich auch auf die sächsischen Konservativen beziehen sollten. Prompt erhielt er die Antwort: das sei nicht der Fall, denn der Alte habe ja stets sehr viel auf die Dresdener und sächsischen Konservativen gehalten.

Zum Unglück für die biederen Sachsen um Mehnert stammt dieses Zeugnis des braven Verhaltens nicht vom Alten selbst, sondern nur vom kleinen Herbert, von dem bekanntlich kein Mensch reden würde, wäre er nicht der Sohn seines Vaters. Wie der Vater selbst denkt über die sächsischen Konservativen, erfährt man nicht. Schwer würde es ihm wohl werden, anzugeben, wodurch sich die um Aldermann und Mehnert vorthelhaft von denen um Limburg, Stirum und Kardorff unterscheiden sollen. Oder doch, der Unterschied liegt auf der Hand, die Sachsen sind beim Sturz des Sachsenwälders nicht dabei gewesen, sondern haben ihm fort und fort die lärmendsten Ovationen dargebracht. Warum soll er ihnen nicht eine gute Jenjur ertheilen? —

**Aus Athen** wird gemeldet: Die Stimmung der hiesigen politischen Kreise ist eine verwickelte. Kalli nannte einem Diplomaten gegenüber die §§ 2 und 6 des Friedensvertrages eine *machina infernalis* (Höllmaschine). Deljanis, neuerdings über seine Ansicht befragt, erklärte, derartigen Bedingungen gegenüber habe er sich über die einzunehmende Stellung noch nicht schlüssig machen können. Die Zeitung „Ephimeris“ wiederholt ihren Vorschlag, Thessalien den Türken so lange zu überlassen, bis Griechenland die Kriegentschädigung, sei es auch unter den größten Entbehrungen, angebracht hätte, selbst wenn dies einige Jahre dauern sollte. Das Blatt hofft, daß einem solchen Entschluß gegenüber die Einigkeit Europas nicht Stand halten werde.

Auf **Kreta** treten die Türken sehr herausfordernd auf, wenn eine Mittheilung der allerdings griechenfeindlichen „Internationalen Correspondenz“ richtig ist. In dieser Mittheilung heißt es: Von mahamedanischer Seite suchte man die Lage auf Kreta wieder zu verschärfen. Alle auf der Insel noch befindlichen türkischen Behörden haben erklärt, sie würden die Urtheilssprüche und Rechts-erkenntnisse des internationalen Gerichtshofes als rechtsgiltig nicht anerkennen, und dem zweiten Vorschlag der Admirale, die Insel durch europäische Beamte einzulehen zu lassen, würden sich die türkischen Militärbehörden mit Gewalt widersetzen. Gleichzeitig hat Dschevad Pascha den Sultan um seine Abberufung ersucht, da er „angesichts der Eingriffe der Admirale in die Herrscherrechte des Sultans das Ansehen der türkischen Verwaltung nicht zu schätzen vermag.“ —

**Vom Kriegsschauplatz an der indischen Nordwest-Grenze** fanden die Engländer wieder Siegesnachrichten. Den „Times“ wird aus Simla gemeldet:

General Jeffreys strafte die Mohmands schwer, die jetzt um Gnade bitten; weiterer Widerstand wurde nicht versucht. Andere Brigaden werden zusammengezogen und rüsten sich zum Vormarsch gegen die Mohmands.

Es werden ferner energische Vorstöße der englischen Truppen gegen den Mullah von Hadda, der mit seiner Streitmacht im Bednanipaf steht, angekündigt.

Weit bedeutsamer als diese geringen Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz erscheint die Haltung der russischen Presse gegenüber den Vorgängen in Nordwest-Indien. Schon seit langem sprechen sich russische Blätter unterböhlen für ein Eingreifen Russlands in die afghanisch-indischen Angelegenheiten aus. Doch bisher waren es nur untergeordnete Organe, deren Ausführungen keine größere Bedeutung beigemessen werden konnte. Jetzt jedoch bläst auch das offizielle Blatt des auswärtigen Amtes, die „Petersburgskaja Wjedomosti“, in dasselbe Horn. Die wichtige Kundgebung lautet:

Was Russland betrifft, so kann sich dieses der gegenwärtigen Sachlage in nordwestlichen Indien gegenüber unumgänglich gleichgiltig verhalten. Daraus weist schon die Tatsache hin, daß England während der letzten Jahre nur darauf ausgegangen ist, uns zu schaden. . . . Man muß stets auf das Schlimmste gefaßt sein; wir müssen erwarten, daß es den Engländern hauptsächlich dank dem freundschaftlichen Verhalten des Emirs von Afghanistan nach großen Anstrengungen gelingen wird, den Rußland niederzuwerfen. Wird nun aber nicht durch ihren Erfolg ihr Ansehen bei den Bergstämmen, die an unserer afghanischen und indischen Grenze leben, mächtig gehoben werden? Die Engländer werden also die unumschränkten Gebiete in jenen Gegenden sein, und selbst der Emir von Afghanistan wird sich auf seinem Throne nicht sicher fühlen; die Befieger der Swat, Drajai- und Afridi-Stämme werden in Kabul ihre Gesetze diktieren, weil sie an der Grenze Afghanistans keine sie zurückhaltende Macht vorfinden werden; die acht Millionen Afghanen werden das Schicksal der dreihundert Millionen Hindus und aller unter der indischen Herrschaft stehenden Muhammedaner theilen. Denn die Engländer werden sich wohl kaum mit der Niederwerfung des Rußlandes zufrieden geben. Sie werden ihren Sieg in ganzem Umfange ausnützen, und die schwachen Vorgänge in Tschitral, dessen Befehung eigentlich eine Verletzung des Pamirvertrages ist, werden sich anderweitig wiederholen. Der gegenwärtige Zustand ist ja nur durch die aggressive englische Politik hervorgerufen worden; indem die Engländer alle kleinen Stämme unterwerfen, umgeben sie Afghanistan wie mit einem Ringe, und wer weiß, welche Folgen für dieses Land ein künftiger Thronwechsel haben wird, wenn Abdurrahman, dieser erfahrene Politiker und charakterstarke Mann, den Schauplatz verläßt. Die Engländer haben ja solche Augenblicke stets dazu benützt, um dynastische Wirren hervorzurufen. Die tatsächlichen Absichten der Engländer gehen aus der kürzlich erfolgten schriftlichen Mitteilung an den Emir hervor, daß die englischen Truppen genötigt sein werden, afghanisches Gebiet zu betreten. Erstens liegt hierin eine ungeheure Frechheit, fast ein casus belli, woraus hervorgeht, wie sehr die Engländer gewohnt sind, den Emir von oben herab zu behandeln; zweitens hat das Versprechen, das eigentliche Territorium wieder verlassen zu wollen, in Munde der Engländer keinen Werth; — Beispiel: Egypten; Drittens: beati possidentis. . . . Rußland muß daher gegen die jetzigen englischen Bewegungen gegen den Nordwesten Indiens Maßregeln ergreifen, da diese Bewegungen zu jeder Zeit einen aggressiven Charakter annehmen können. Gleichviel, wie sich der Emir von Afghanistan zu der Sache verhält, wir unsererseits dürfen eine Ansammlung englischer Truppen in unserer nächsten Nachbarschaft nicht zulassen, ohne Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen; der Uebergang der englischen Truppen auf afghanisches Gebiet muß einen entsprechenden Vorstoß unsererseits gegen Herat und das Pamirplateau zur Folge haben.

Das offiziöse Organ führt eine Sprache gegen England, wie sie verkehrender kaum sein kann: Nichts ist gewiß komischer, als wenn man in Rußland sich über „aggressive Politik“ seitens eines anderen Staates, über die Unterwerfung der kleinen Stämme in den asiatischen Zentralgebirgen, über die Umzingelung Afghanistans u. s. f. entrüstet. Wenn England eine rücksichtslose Erobererpolitik

führt, so ist ihm Rußland in diesen Rüstungen mindestens gleich, ja noch bedeutend über. Aber die schöne Phrase ist nun einmal das Außenbild, hinter dem die Erobererstaaten die Gewaltthätigkeit ihrer Unternehmungen zu verbergen pflegen. Da spielt sich jeder Theil als der unschuldsvolle Engel auf und herüber und hinüber werden die gleichen giftigen Invektiven geschossen.

Es wird sich fragen, ob die russische Regierung die Zeit für gekommen erachtet, den Engländern ein Halt zu gebieten, auf die Gefahr hin, daß der glimmende Funke der Eifersucht zwischen den beiden Weltmächten zum mächtigen Brand entfacht werde und die große Auseinandersetzung in Mittelasien ihren Anfang nimmt. —

### Deutsches Reich.

— Dem Reichstag, der nach einer Berliner Meldung des „Hamb. Corr.“ in der zweiten Hälfte des November zusammengetreten soll, dürfte wohl der gleiche Anlaß als eine der ersten Vorlesungen ein Entwurf betreffend die Entschädigung unschuldig Verurtheilter zugehen. —

— Für die Erziehung im neunten Schleswig-holsteinischen Wahlkreise Plön-Oldenburg an stelle des verstorbenen Grafen von Holstein ist von der konservativen Partei Oberbürger und Mittelmeister A. D. Lassen auf Siggel bei Oldenburg, von der sozialen Reformpartei Graf von Reventlow auf Wulfsberg und von sozialdemokratischer Seite der Schmied Paul Weinheber aus Hamburg in Aussicht genommen. —

— Die Vorwürfe gegen die Staatsregierung wegen mangelnder Fürsorge für die durch die Hochwasser-Geschädigten suchen, jedenfalls im höheren Auftrage, die „Verl. Pol. Nachr.“ auf das Centralkomitee zur Unterstützung der von den Ueberschwemmungen heimgesuchten Landesheilanstalten abzuwälzen. —

— Die Erörterungen in der konservativen Partei über den nächsten Parteitag sind alles eher als ein Zeichen der Stärke. Der alte konservative Freiherr von Duraun warnt die Partei, zu immer einseitiger, lediglich ihre Interessen vertretenden Junkerpartei herabzusinken, er warnt, das Trikot-Programm mit seinen, wenn auch wünschigen sozialen Forderungen als nicht erfüllend zu betrachten, und empfiehlt das Zusammengehen mit dem Bund der Landwirthe. Zur Freude der Bündler halten die „Hamburger Nachrichten“ ein solches Zusammengehen nicht unter allen Umständen für gerathen. —

— Zur Frage der Militär-Strafprozess-Reform weist die „Nat.-Lib. Korresp.“ ganz richtig darauf hin, daß nicht die Abneigung Bayerns gegen die Verzichtleistung auf einen eigenen obersten Militärgerichtshof die Ursache für das Nicht-Zustandekommen der Militär-Strafprozess-Reform sei, da Bayern nach der Reichsverfassung garnicht in der Lage wäre, durch seinen Widerspruch die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen durchzusetzen, wenn im Bundesrath eine Meinungsverschiedenheit (bei Gesetzesvorschlägen über das Militärwesen) stattfände. Wie nun verläuft, kann der Kaiser namentlich die Bedenken wegen Verzichtes auf das Befähigungsrecht noch immer nicht überwinden. Auf der anderen Seite ist klar, daß die Aufrechterhaltung des sonstigen militärischen Befähigungsrechtes gegenüber militärgerichtlichen Urtheilen gegen das Grundprinzip der Reform-Entwürfe verstoßen würde. Ob außer dem Kaiser auch andere Bundesfürsten auf der Beibehaltung des Befähigungsrechtes bestehen und dementsprechend ihre Vertreter im Bundesrath instruit haben, darüber ist etwas Sicheres nicht in der Öffentlichkeit gelangt, aber die Annahme ist nicht von der Hand zu weisen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß außer in Preußen auch in Sachsen und Württemberg noch ein ebenso veraltetes „Nebgewordenes“ Militär-Strafverfahren besteht. Maßgebend stehen aber im Bundesrath auch noch andere Stimmen auf Seiten des Kaisers. Aus der Erklärung des Reichsanwalters in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 2. Juli ist bekannt, daß das preussische Staatsministerium in Stellung gegen gewisse Veränderungen des Entwurfes genommen hat, und diese Veränderungen werden wohl hauptsächlich eine Wiederherstellung des Befähigungsrechtes im Auge gehabt haben. . . .

Die sogenannte „Befähigung“ militärgerichtlicher Urtheile durch die Gerichtsherren steht natürlich im Widerspruch zu jeder modernen

Rechtssprechung. Wie man eine Reform geben will, ohne jene Ueberlieferung des Soldnerheeres aufzuheben, ist unverständlich. —

— Wie wichtig die Entschädigung unschuldig Verurtheilter ist, beweist der Fall Dylong, der bekanntlich eine Strafe durch Schuld von Gefängnisbeamten zweimal abüssen mußte, und vom Justizminister mit — 50 M. abgezinst wurde.

Die Beamten scheinen nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden. —

— Chronik der deutschen Eisenbahn-Unfälle. Aus Köln wird telegraphisch gemeldet: Unweit der Station Hagen in Westfalen ist in der letzten Nacht ein Güterzug einem Personenzug in die Planke gefahren. Der Lokomotivführer und der Beizer des Güterzuges wurden verletzt. Der Verkehr war längere Zeit unterbrochen.

Antlitzerseits wird über die Ursachen dieses Vorfalles folgendes behauptet: Der Unfall wurde dadurch herbeigeführt, daß der Lokomotivführer des Schnellzuges das für ihn auf „Halt“ stehende Signal nicht beachtet hat. Der Lokomotivführer ist abends 8 Uhr nach vorheriger 48stündiger Ruhe in Dienst getreten.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Karlsruhe: In der vorerwähnten Nacht ist bei der Ausfahrt des Orient-Expresszuges aus dem Bahnhof in Rehl der Schlupfwagen, infolge vorzeitiger Weichenstellung, entgleist. Menschenverluste sind nicht zu beklagen, auch ist der verursachte Materialschaden nur unbedeutend. Der Zug konnte nach Verspätung von ungefähr 50 Minuten seine Fahrt fortsetzen. —

Die Ursache des Unglücks bei Eschwege am 14. August d. J. scheint nunmehr auch mit einiger Sicherheit festgestellt worden zu sein. Der Güterzug, welcher kurz vor dem D-Zuge das westliche Weichenpaar, hat nach Angabe des Schlussbremsers einen sogenannten Baum verloren, der über das östliche Weichenpaar gefallen ist. Der Bremser, der mit dem Zugführer des Güterzuges nicht in Verbindung ist, hat letzterem keine Nachricht geben können. —

— Die Beaufsichtigung des Bahnhof-Buchhandels ist durch einen Erlass des Eisenbahnministers den Eisenbahn-Direktionen in Erinnerung gebracht, in dem es heißt: „Es ist streng und unausgesetzt darauf zu achten, daß Bücher und Zeitschriften unsittlichen und anstößigen Inhalts bei den Bahnhof-Buchhändlern nicht zum Verkauf ausgesetzt werden. Zu dem Zwecke haben letztere ein Verzeichnis der von ihnen vorrätig gehaltenen Bücher und Zeitschriften zc. der Direktion einzureichen, die Bücher verdächtigen Inhalts zur Einsichtnahme vorzubringen und deren Vertrieb event. verbieten, auch durch unvermuthete Revisionen an Ort und Stelle die Befolgung ihrer Anordnungen überwachen.“

Man sollte meinen, im Eisenbahnministerium habe man gegenwärtig über andere erstere Dinge zu berathen, als sich den Kopf zu zerbrechen, wie am entschiedensten die unsittliche Literatur und einige unliebsame politische Organe, z. B. der „Vorwärts“, von dem reisenden Publikum ferngehalten werden. Fast erweckt es den Anschein, als ob das Ministerium die sittlichen Gefahren, die den Reisenden drohen, höher einschätzt, als die Gefahren im Betriebe. Allerdings die sittlichen Gefahren können ohne Geld beseitigt werden, und das scheint ausschlaggebend zu sein.

Das reisende Publikum wird aber für diese Fürsorge des Eisenbahn-Ministeriums höchlich danken müssen. —

— Die Ueberschüsse des Betriebes der deutschen Eisenbahnen steigen von einem Jahre zum andern. Die im Reich-Eisenbahnamte aufgestellte Uebersicht der Betriebsergebnisse deutscher Eisenbahnen im Monat August 1897 ergibt, wie die „Nat.-Lib. Korresp.“ mittheilt, für 64 Bahnen, die schon im August 1896 im Betriebe waren, im August 1897 aus dem Personenverkehr ein Mehr an Einnahmen gegen das Vorjahr um 1 469 408 Mark, aus dem Güterverkehr ein entsprechendes Mehr von 2 674 686 M. In entsprechendem Verhältniß steigen die Einnahmegeriffern für die ganzen Betriebsjahre. Das ist an sich eine erfreuliche Thatsache. Aber desto unerfreulicher wirkt es, wenn man beobachten muß, wie trotz dieser steigenden Betriebseinnahmen je länger desto mehr an un-rechter Stelle gespart und dadurch die Sicherheit des Betriebes in fast unerhörter Weise gefährdet wird. —

— Nebenbeschäftigung der Eisenbahn-Beamten. Die gemeinsamen Bestimmungen für alle Beamten im Staats-Eisenbahndienst sind durch den Minister der öffentlichen Arbeiten bezüglich der Nebenbeschäftigungen wie folgt ergänzt worden: „Anderweitige Nebenbeschäftigungen dürfen, auch wenn eine Vergütung damit nicht verbunden ist, ohne besondere schriftliche Genehmigung der vorgelegten Eisenbahn-Direktion oder, so weit es sich um höhere Beamte handelt, des vorgelegten Eisenbahndirektions-Präsidenten nicht übernommen werden. Nebenbeschäftigungen höherer Beamten bedürfen jedoch auch hier der Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten, wenn sie von längerer Dauer oder erheblichem Umfange sind oder die Anstellung

## Ein Stück ungarischer Freiheit.

Die Sozialdemokraten Budapests hatten zu ihrer großartigen Wahlrechts-Demonstration, über deren glänzenden Verlauf wir schon kurz berichteten, die österreichischen Genossen Dr. Adler, Bernerstorfer und Abgeordnete Dazynski eingeladen. Während der letzten Monate verbunden war, zu erscheinen, nahmen die beiden Wiener Genossen die Einladung gern an und begaben sich Sonntag früh mit dem Schnellzuge nach Budapest, um den Parteigenossen den Ausdruck der Sympathie und Solidarität zu übermitteln. Die österreichische und ungarische Sozialdemokraten ganz besonders im Kampf um das Wahlrecht verknüpft. Aber sie hatten das Maß dessen überschätzt, was die Festigkeit des ungarischen Staates nach dem Urtheil seiner Lenker vertragen kann, und andererseits die Todesangst unterschätzt, die besagte ungarische Staatsmänner vor den verteuerten Sozialdemokraten haben. Das Ministerium des Innern und das Budapest-Polizeipräsidium sorgten dafür, daß die entsehlende Gefahr von ihrem so hart gebauten Vaterlande abgewendet werde. Natürlich hatten weder die Budapest-Sozialdemokraten noch die beiden Genossen aus der Absicht, an der Demonstration theilzunehmen, ein Gehl gemacht und erwarteten auch keineswegs eine Störung. Wir, so schildern Adler und Bernerstorfer ihre Erlebnisse in Ungarn in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, sollten aber das Maß der Freiheit, dessen sich Ungarn gegenwärtig erfreut, besser würdigen lernen.

An der Grenze in Bruck an der Leitha war kein Poliziist zu sehen, und wir konnten zunächst ungehindert die Lust der ungarischen Freiheit in vollen Zügen atmen. Als aber der Schnellzug in Kelenföld, der letzten Station vor Pest, hielt, drängte sich ein schwarzgekleideter Herr mit dem Kondukteur durch die engen Gänge der Waggon und rief mit einem Ager: „Herr Dr. Adler“ als hätte er ein Telegramm zu übergeben. Als sich Dr. Adler meldete und auf Verlangen jenes Herrn auch Bernerstorfer vorgeführt hatte, flüsternte uns der Herr ins Ohr: „Im Namen des Gesetzes eruche ich Sie, den Zug zu verlassen und mir zu folgen“, und setzte noch etwas Leiser hinzu: „Vergehen Sie, aber es ist eine unangenehme Pflicht.“ Die Formel war richtig, denn es ist in vielen Ländern gemeinsame Regel, daß alle Willkürakte und Gesetzesverletzungen im Namen des Gesetzes begangen werden; da sich der Mann überdies als der Detektiv Bela Votika legitimirte, blieb nichts anderes übrig, als ihm zu folgen und, begleitet von den neugierigen Blicken der Passagiere, die sich darüber entsetzten, mit welchen weiß der Himmel wie gefährlichen Verbrechern sie bisher gereist waren, aussteigen. Vor dem Bahnhofe stand ein Fiaker, der uns zum Polizeipräsidenten bringen sollte zum Behufe einer kurzen Besprechung. Nachdem wir dort in einem Bureau etwa eine halbe Stunde gewartet, wurde, anscheinend auf unsere Bemerkung, daß wir nicht viel Zeit hätten, die Amtshandlung beschleunigt, und wir wurden einzeln dem Stadthauptmann Garlaty vorgeführt. Das Bureau erinnert ein

wenig an ein uns wohl bekanntes in Wien. Der Berliner „Vorwärts“, die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ liegen in großen Stößen wohlgeordnet an den Tischen; an der Wand sahen wir eine schöne Kollektion von Mal-Abzügen. Herr Garlaty, der etwa den Rang eines Polizei-Oberkommissärs einnimmt, nahm nun ausführlich das Nationale auf und erkundigte sich nach dem Zweck und der voraussichtlichen Dauer unseres Aufenthaltes. Wir gaben selbstverständlich wahrheitsgetreue Auskunft, machten auch das „Geständniß“, daß wir beabsichtigten, wenn es die Umstände wünschenswerth machen sollten, bei der Versammlung zu sprechen. Nachdem uns das ungarische geführte Protokoll überföhrt worden und wir es unter Vorbehalt der Nichtigkeit dieser Uebersetzung unterfertigt hatten, erklärte der Stadthauptmann, er müsse uns eröffnen, das Budapest-Polizei-Präsidium untersuche uns sowohl die Theilnahme an der Demonstration als auch jeden weiteren Aufenthalt in Budapest, wir mußten vielmehr mit dem nächsten Zuge Ungarn verlassen. Als wir einwendeten, daß die Festigkeit des ungarischen Staates wohl noch die Anwesenheit von zwei Leuten mehr aushalten würde, und daß uns kein ungarisches Gesetz bekannt sei, das wir verlegt hätten, oder das unsere Abstiehung rechtfertigen würde, wurde uns die Antwort: Ja, Gesetz. . . freilich besteht da nicht, aber es ist eben bei uns. . . Der Uus nicht wahr?“ fiel einer von uns ein. Aber da war nichts zu machen, wir wußten sehr gut, daß wir als „lästige Ausländer“ vollständig wehrlos seien und uns fügen mußten. Aber die Aussicht schien nicht sehr verlockend, acht Stunden in dem nichts weniger als einladenden Polizeigebäude zubringen zu müssen. Draußen war heller Sonnenschein, die Stadt von großen Volksmassen durchföhrt, die sich drängten, um an der Demonstration theilzunehmen, andere wieder, um die Festigung und Ausschmückung der Stadt zu sehen, die sich auf den Empfang des deutschen Kaisers vorbereitete. Wir wollten einen letzten Versuch machen und verlangten, dem Polizeipräsidenten selbst vorgeführt zu werden, was nach längerem Zögern und Hin- und Herreden bewilligt wurde. Herr Ober-Stadthauptmann Bela v. Rudnay ist ein junger, kaum vierzigjähriger Mann mit energischer Haltung. Er empfing uns mit derselben Höflichkeit wie sein Untergebener, der ganz deutlich die große Freude durchblicken ließ, die beiden Verbrecher sicher in der Hand zu haben. Die zwei Herren machten wirklich den Eindruck, daß sie ein stolzes Gefühl der Genugthuung empfänden, ihr geliebtes Vaterland vor unabschbaren Schrecknissen bewahrt zu haben. Herr v. Rudnay theilte uns mit, daß seine Entscheidung unänderlich sei, daß sie auf einem Erlass des Ministers des Innern beruhe, demzufolge ausländische sozialistische Agitatoren“ abzuschicken seien, und daß er absolut genöthigt sei, dieser Ordre zu folgen. Auf unsere Frage, ob das eine Ausweisung bedeute, erklärte er sehr lebhaft, daß das keineswegs der Fall sei, daß wir vielmehr zu jeder anderen Zeit nach Budapest kommen könnten.

Nur die Tage, gerade wo der deutsche Kaiser komme, seien „schlecht gewählt“. Es sei nicht ganz ausgeschlossen, daß Montag Demonstrationen versucht würden, und man würde, meinte er, unsere Anwesenheit damit in Verbindung bringen. Wir versuchten nun dem Herrn klarzumachen, daß Kaiser Wilhelm an das Vorhandensein von Sozialdemokraten weit mehr gewöhnt sei als der Herr Präsident selber, und daß wir unsererseits keineswegs die Absicht hätten, Demonstrationen, die unseren Genossen gefährlich werden könnten, zu empfehlen, daß wir überdies abends abreisen könnten, nachdem wir an der Versammlung in Stadtwalden theilgenommen, oder daß wir, um jede Gefahr auszuschließen, wenigstens nach der Versammlung mit unseren Freunden sprechen könnten — alle Vorschläge zur Güte, alle Veranlassungen waren umsonst. Der Herr Präsident hatte einen so heillosen Sadec vor uns, daß er uns so wenig mit ungarischen Sozialdemokraten zusammenkommen lassen als etwa eine Lunte als Pulverfaß legen wollte. Da nun unser eigentlicher Reisezweck definitiv vereitelt war, so blieb uns nur übrig, uns mindestens den Aufenthalt im Polizeigewahrsam zu ersparen, der gar keinen Reiz, nicht einmal den der Neugier, für uns hatte. Auf unser Ersuchen wurde uns nach einigem Zögern gestattet, in Begleitung eines Detektivs spazieren zu gehen, aber möglichst — auf der Oberen Seite, weit weg vom Schauplatz der Demonstration. Herr v. Rudnay lehrte sofort, als nicht mehr von Politik die Rede war, den lebenswichtigen Weltmann heraus und entließ uns mit dem Wunsch, uns gut zu unterhalten, in Begleitung eines „sozialistischen Begleiters“. Was blieb übrig? Wir verbrachten den Nachmittag so gut als möglich und betrachteten das Menschengeväuel und die stolze nationale Tricolore, die von allen Häusern wehte, mit den gemischten Geföhlen von Leuten, die unter Polizeiaufsicht Luftwandel und Gelegenheit haben, der ungarischen Freiheit auf den Grund zu sehen. Der Gegensatz zwischen der prunkenden Darstellung des nationalen Stolzes und Rechtsgeföhls, wovon der Prachtbau des neuen Parlaments das gewaltigste Zeugniß giebt, und zwischen der Kleinlichkeit, zitternden Angst vor zwei harmlosen Menschen, die sichtlich erscheinen, bloß weil sie Sozialdemokraten sind, war zu drastisch. . . .

Als wir abends in unser Absteigquartier, das Polizeigebäude zurückkehrten, wartete unser noch eine kleine Ueber-raschung. Herr Garlaty theilte uns mit, daß wir nicht auf dem Hauptbahnhof, sondern wieder in Kelenföld den Zug besteigen müßten, „um etwaigen Demonstrationen auszuweichen“. Und so führte uns wieder ein Fiaker, diesmal mit zwei Detektivs, hinaus, und einer der beiden Begleitenden fuhr sogar mit bis Raab, der Gipfel der Vorsicht! Die ungarische Regierung hat es sich also ein Gedächtnis kosten lassen, zu hindern, daß wir Ungarn auf den Kopf stellen.

So haben wir zwar nicht die Demonstration mitsmachen können, aber die ungarischen Arbeiter können überzeugt sein, daß unsere Reise nicht ganz nutzlos war: daß die ungarische Regierung ihre lächerliche Angst demonstirte und sich klammert hat, ist auch was werth.

von Bauplänen für Haupt- oder Neben-Eisenbahnen, sei es auch in fremden Staatsgebieten, betreffen. Nebenbeschäftigungen im Privatinteresse von Kleinbahnen sind denjenigen höheren Beamten, die in den Bezirken der zur Mitwirkung bei der Genehmigung und zur eisenbahntechnischen Beaufsichtigung derselben Kleinbahnen berufenen Eisenbahndirektionen amtlich thätig sind, unterlag.

Gegen diese Bestimmungen läßt sich im allgemeinen wenig einwenden, nur erfordern sie eine Ergänzung dahin, daß vor allen Dingen den unteren Beamten auch ein angemessenes Gehalt gezahlt wird, dann werden die Beamten leichter auf eine Nebenbeschäftigung verzichten können.

— Zur Frage der Aufhebung der Amtskauttionen theilen die „Berl. pol. Nachr.“ folgendes mit:

In der letzten Landtagssession ist bereits vom Finanzminister mitgeteilt worden, daß die Abschaffung der Amtskauttionen angeregt sei und daß innerhalb des Staatsministeriums dieserhalb Erörterungen schwebten. Anlaß zu diesen Erörterungen hat die Bahneinweisung gegeben, daß das Kautionswesen einen ganz unverhältnismäßigen Aufwand an Kraft und Geld erfordert. In einer der größten Verwaltungen ist festgestellt worden, daß die Verwaltungskosten den Betrag der aus den Kauttionen gedachten Defizite nicht unerheblich übersteigen haben, und die darauf angelegten Ermittlungen haben ergeben, daß es sich dabei keineswegs um eine vereinzelte Ausnahme-Erscheinung, sondern mehr um die Regel handelt. Sprich diese Thatsache für die Aufhebung der Kauttionen, so fiel dagegen der Umstand ins Gewicht, daß in der Gefahr des Verlustes der Kauttion ein erhebliches Mittel zur Verhütung von Defiziten zu erkennen ist. Dem gegenüber war zu erwägen, daß die Defizite von geringerer Beträge der Zahl nach überwiegen, daß diese durch Gehaltsabzüge gedeckt werden können und daß die Befürchtung eines solchen Abzuges offenbar noch stärker wirkt, als die Gefahr eines entsprechenden Kautionsverlustes, während gegenüber von Defiziten erheblicher Art die Gefahr des Verlustes der Stellung und des Dienstverhältnisses offenbar umgekehrt stärker wirkt, als die Gefahr des Verlustes der Kauttion. Bei Abwägung der Gründe und Gegenstände ist nunmehr augenscheinlich innerhalb der Regierung die Entscheidung zu Gunsten der Aufhebung der Amtskauttionen und zwar im Reiche wie in Preußen gefallen.

— Das Zentrum auf der Suche nach Agitationsstoff. Aus Reichstagskreisen verlautet, daß in der nächsten Session das Zentrum auf eine klare Stellungnahme der veränderten Regierung zu dem bekannten Reichstags-Votum betr. die Aufhebung des § 2 des Jesuiten-Gesetzes dringen werde.

Glückstadt, 18. September. Unser Bürgermeister und das Vereinsgesetz. An den Vorstand des hiesigen Sängervereins „Eintracht“ wurde von der hiesigen Polizeibehörde durch einen Polizeibeamten die mündliche Aufforderung gerichtet, die Zahl der Mitglieder des Vereins und die Farbe der Fahne (!!) anzugeben, zugleich auch ein Statut einzureichen. Hierzu schickte sich der genannte Vorstand, der mit den Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes und Vereinsrechts genau vertraut und mit recht der Meinung ist, daß in dem gültigen Gesetz trotz seiner vielen Schönheiten zu einem solchen Ansuchen nicht der geringste Anlaß vorhanden ist, nicht verpflichtet. Unser Bürgermeister aber, nach der gesetzlichen Grundlage seines Verlangens befragt, gab dem Vorsitzenden folgende Antwort:

„Sie scheinen vom bestehenden Rechte eigenthümliche Ansichten zu haben. Sie scheinen nicht zu wissen, daß neben dem bestehenden gesetzlichen Recht die Behörden ein sogenanntes Gewohnheitsrecht besitzen, welches ihnen erlaubt, sich in die intimsten und intimsten Angelegenheiten eines jeden Vereins zu mischen, über alle Angelegenheiten desselben Auskunft zu verlangen. Weitere Antwort bin ich Ihnen nicht schuldig. Weigern Sie sich, meiner Aufforderung Folge zu leisten, werde ich Sie mit 60 M. Geldstrafe zwingen.“

Dieser Bescheid des Bürgermeisters ist in dem schlichten Imperatorstil seiner Worte geradezu klassisch. So lange noch der jetzt herrschende monarchistische Zustand fort dauert, wird der Bürgermeister von Glückstadt es sich leider gefallen lassen müssen, daß Polizeiverfügungen, welche den bestehenden Gesetzen zuwider laufen, das Papier nicht werth sind, auf dem sie erlassen werden.

— Verbot österreichischer Redner. Die Dresdener Ortsgruppe des Allgemeinen deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutschthums im Auslande hatte für nächsten Dienstag einen deutschen Abend angekündigt, an dem u. a. Herr Dr. med. Litzo, Dömann der „Germania“ in Trebnitz (Böhmen), über den nationalen Kampf in Böhmen sprechen wollte. Der Vereinsvorstand hat aber auf die Abhaltung dieses Abends verzichtet müssen, weil die Polizeidirektion das Auftreten österreichischer Redner in Dresden zur Zeit grundsätzlich untersagt.

Selbst der polizeibekannteste „Deutscher Tageszeitung“ geht diese Einschränkung der Versammlungsfreiheit ein wenig zu weit.

Die deutschhämischen Dönnereier werden übrigens einen netten Begriff von Freiheit in dem Lande ihrer Sehnsucht erhalten.

— Keryllische Standesordnung. Ein Arzt, der kürzlich in einem Naturheilvereine einen Vortrag über die Frage hielt: „Welches ist die beste Heilmethode: Medizin oder Naturheil?“ wurde vom ärztlichen Bezirksvereine Dresden-Land im Disziplinerverfahren mit einem Beweise belegt und zur Zahlung der Kosten des Verfahrens verurtheilt. Diese Unduldsamkeit der Keryllie wird ihrem „Standes“ im Ansehen der Bevölkerung recht wenig nützen.

— Ein Beamtengefeh mit einem Geseh über die Befolgungen der Staatsbeamten ist dem Landtage von Hessen-Darmstadt vorgelegt worden. Der durch die Erhöhung der Besoldungen verursachte Staatsauswand wird zu 600 000 Mark veranschlagt. Die Minister sollen je 12 000 M. erhalten (bisheriges Ministergehalt 10 800 M.), ein Kreisrat (ungefähr soviel als Landrat) soll 5800—7000 M. erhalten (seither 4825—5850), Direktoren von Gymnasien, Real-Gymnasien und Ober-Real-schul-Direktoren von Schulreifer-Seminaren 6800—8000 (5140—5700), bezw. 4720 bis 5140), akademisch gebildete Lehrer an diesen Anstalten 2800 bis 3800 (2500—3000), Oberlandesgerichts-Räthe 6400—7200 (6350 bis 6850), Landrichter und Amtsrichter 2800—3200 (2725—2800), Oberförster, Rentamtmänner 2800—3800, Kreisärzte 2800—3800. — Die Gehälter der katholischen Geistlichen betragen auf den sog. Minimal-Skizzen 1700 M. mit freier Wohnung, weniger, als für eine ganze Anzahl von Subaltern-Beamten vorgeschlagen wird.

— Fort mit Schaden! Wir sind nun den Peters endgiltig los und können uns dessen freuen, wenn die Nachricht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ sich bestätigt, daß der disziplinierte Reichskommissar Dr. Peters an der Spitze einer englischen Gesellschaft demnächst eine Expedition nach Afrika unternehmen werde. Sein fixes Jahresgehalt soll 64 000 M. betragen. Uns erscheint dies etwas viel, selbst mit Rücksicht auf das Risiko für sein Leben, das bei in Afrika zu trauriger Berühmtheit gelangte Peters im schwarzen Erdtheile läuft.

Wären wir nur alle anderen nationalen Helden von den Leistungen und der Anlage eines Peters gründlich los.

#### Oesterreich.

— Vom Nationalitätenkampfe. Die verschiedene Blätter aus Spalato (Dalmatien) melden, in der Rebafter Strategie von einem kroatischen Blatte, welches für das Zusammengehen mit den Serben sowie für die Solidarität aller österreichischen Slaven eintritt, in einer Seitengasse von Spalato von zwei italienischen Schützen überfallen worden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Prag, 20. Sept. Der jungtschechische Führer Gregor in einer Volksversammlung zu Chehen die Sprach-Verordnungen rücksichtlich ihrer Durchführung eine Blamage des tschechischen Volkes. Dieselben hätten der tschechischen Nation nur den

John der ganzen Welt, insbesondere der bürokratischen Kreise gebracht. Gregor meinte, die Tschechen sollten die deutsche Obstruktion nicht hemmen; es war unklug, Waffen zu zertrümmern, welche die Tschechen vielleicht einst selbst gebrauchen werden. Das beste wäre, die Deutschnationalen weiter stützen und das Parlament erschüttern zu lassen und im Geiste zu beten: „Gebet Gott, daß es den Deutschnationalen gelinge, die ganze zentralistische Versammlung zu zertrümmern für ewige Zeiten!“ Schläge, welche auf den Kopf des Grafen Wadeni fallen, brauchen die Tschechen nicht zu schmerzen.

#### Frankreich.

Paris, 21. September. Mehrere Blätter glauben, die Schlappe der französischen Truppen im Soudan, welche die Folge eines regelrechten Hinterhaltes sei, werde eine neue Expedition notwendig machen, da sonst der Besitz der Eisenbahn bedroht sei.

#### Belgien.

— Die Nachwahl in Waremme beschäftigt die in- und ausländische Presse mehr als je früher eine Nachwahl. Das belgische Regierungsblatt „Courrier de Brüssel“ befürwortet den Abschluß eines liberal-katholischen Bündnisses zur Abwehr gegen das Steigen der sozialistischen Gefahr.

Der „Frankf. Jtg.“ wird aus Brüssel geschrieben: Der ungeheure Zuwachs der sozialistischen Partei im Bezirk Waremme ist nur dadurch zu erklären, daß alle wirklich freigeistigen Männer jeden Glauben an die Zukunft der liberalen Partei verloren haben und lieber für die Sozialisten mit ihren bestimmten, wenn auch zu weitgehenden Forderungen, als für das zweideutige und unbestimmte Programm der Liberalen zu stimmen gewillt sind. Den gewöhnlichen Liberalen bliebe somit weiter nichts übrig, als sich in die gemäßigtere Partei einreihen zu lassen. — Das wäre das Ende des belgischen Liberalismus.

#### Niederlande.

— Die Generalkaaten wurden heute mit einer Thronrede eröffnet; dieselbe bezieht sich auf die Lage des Landes und der Kolonien als ziemlich zufriedenstellend; Handel, Schifffahrt und Industrie seien in glücklicher Entwicklung begriffen, allerdings würde die Viehseuche hemmend auf die Ausfuhr und verursache viele Verluste. In Java ringe die Zuckerindustrie mit beträchtlichen Schwierigkeiten. Die Beziehungen zum Auslande seien die freundschaftlichsten. Der Dienst des Meeres und der Flotte in Indien erfordere leider große Opfer zur Befestigung der Herrschaft in Ostindien. Ferner werden angekündigt, Gesetzentwürfe betreffend die Abschaffung des Stellvertretungs-Systems in der Miliz, den besseren Schutz von kindlichen und jugendlichen Arbeitern, den obligatorischen Schulbesuch, die Unfallversicherung der Arbeiter sowie für Indien ein Vergewaltigungsgesetz und ein Gesetz betreffend den Ausfuhrzoll auf Zucker. Schließlich giebt die Thronrede bekannt, daß sich noch verschiedene Gesetzentwürfe betreffend die Arbeits- und Wohnungsverhältnisse der Bevölkerung und ein fiskalischer Abänderungsentwurf des Posttarifs, jedoch ohne Systemwechsel, in Vorbereitung befinden.

Bekanntlich ist das holländische Parlament zum ersten Male auf Grund eines neuen, die Wahlberechtigung freilich lange nicht genügend ausdehnenden Wahlgesetzes gewählt worden. Der Kammer gehören zwei Sozialdemokraten J. P. Troelstra und Van Kol an. Sie werden einen recht schweren Stand in der Kammer haben, man darf aber in ihre Talente, ihre große Erfahrung, ihre Kenntnisse und ihre Ausdauer das volle Vertrauen setzen, daß sie die Sache der Sozialdemokratie im holländischen Parlamente in würdiger Weise vertreten werden.

#### Norwegen.

Bergen, 21. Sept. Bei den bisherigen Wahlmännern wahlen zum Storting siegte die Partei der Linken mit etwa 1000 Stimmen Majorität.

#### Italien.

— Imbriani, der Führer der italienischen Freirechtlichen, die die Einverleibung aller italienischen Landestheile in das italienische Reich zu erstreben, ist in Siena während seiner gestrigen Festrede vor dem Garibaldi-Denkmal von einer vollständigen linksseitigen Wahnung betroffen worden.

#### Spanien.

— Die Fusion der Republikaner. Man schreibt aus Madrid: „Feinde ringend!“ dürfen die Männer, die gegenwärtig in Spanien am Ruder sind, mit größerem Rechte anrufen als irgend eine andere spanische Regierungspartei vor ihnen. Es kann kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß die Monarchie in allen Fugen kracht und daß der junge König einer düsteren Zukunft entgegengeht. Die Feinde der Monarchie erhalten von Tag zu Tag neuen Zuwachs. In den Insurgenten in den Kolonien und zu den jetzt aufstrebenden Carlisten gefellen sich jetzt noch die Republikaner, die man bisher als nicht gefährlich betrachtet zu dürfen glaubte, weil sie in Parteien und Gruppen auseinander fielen, die sich gegenseitig bekämpften, als den gemeinsamen Feind. Die Republikaner mögen aber wohl endlich eingesehen haben, daß die Zerplitterung der Kräfte den Fortbestand der Partei in Frage stellt; der Gedanke einer Einigung und Verschmelzung der verschiedenen Gruppen, der von den Führern angeregt wurde, fiel daher auf fruchtbaren Boden und auf drei Volksversammlungen, die dieser Tage in Reus, in Orense und in Jussiso stattfanden, wurde die Fusion in die Wege geleitet. Die republikanischen Führer Salmeron, Prof. Odon de Buen, Sabra, Pérez Costales, Azcarate u. a. betonten die Nothwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der republikanischen Gruppen und fällten vernünftige Urtheile über die gegenwärtige Regierung, deren Politik sie als Farcen und Lüge bezeichneten; das einzige Heilmittel für das unglückliche Vaterland sei die republikanische Staatsform, deren Verwirklichung nicht lange auf sich werde warten lassen. Die Regierung sei für die Kolonialkriege und für das Anwachsen der carlistischen Partei verantwortlich zu machen; Kubas müsse eine vollständige Autonomie erhalten, es wäre gerader ein Verbrechen, wenn man noch mehr Truppen nach den Kolonien senden würde. Während die regierungsfreundlichen Parteien nach größtmöglicher Konzentration streben, geht in Regierungslager alles drunter und drüber. Von der für durchaus nothwendig erachteten Einigung der verschiedenen konservativen Gruppen ist man jetzt weiter entfernt denn je. Die konservative Regierung mit dem politisch gänzlich unfähigen General Azcarate an der Spitze wird bald gründlich abgewirtschaftet haben, sie dürfte kaum noch dazu kommen, die Cortes einzuberufen. Dann wird Herr Sagasta, der bereits ans der Versenkung emporgelaucht ist und sich täglich durch lange Reden in Erinnerung bringt, die vernachlässigte Erbschaft antreten; man darf mit Sicherheit annehmen, daß es ihm ebenso wenig wie den Konservativen gelingen wird, das feuerlose Staatsschiff in den richtigen Kurs zu bringen, und dann haben — die sogenannten extremen Parteien das Wort.

— Ueber das letzte Attentat in Barcelona wird aus Madrid geschrieben: Es ist jetzt in bestimmtester Weise nachgewiesen, daß das Attentat Sempau Barri's nicht ein anarchistisches gewesen ist, und daß somit eine durchaus ungerechtfertigte Anwendung des Anarchistengesetzes bei der Verurtheilung Sempau's vorliegt. Den Bemühungen des Vaters des Verurtheilten ist es gelungen, eine Anzahl von Anwälten Barcelona's zu einer gemeinsamen Protesteingabe an die Königin-Regentin zu veranlassen. Dieselbe stellt in der Hauptsache folgendes fest: Sempau Barri hatte sich vor zwei Jahren in Barcelona der „katalanischen Bewegung“ angeschlossen, welche die Selbständigkeit der Provinz Katalonien innerhalb eines spanischen Föderationsstaates anstrebt. Vor Jahresfrist ging er nach Paris, wo er ebenfalls einem katalanischen Klub als rühriges Mitglied beitrug. Die Polizei Barcelona's fürchtete nun die Thätigkeit dieses Pariser Klubs, welcher nach ihrer Meinung

eine aufständische Bewegung in Katalonien vorbereiten wolle. Deshalb denunzierte der Polizeichef Portas die Mitglieder des Klubs bei der französischen Regierung als Anarchisten und verlangte besonders die Ausweisung Sempau's, die auch erfolgte. Sempau ging darauf nach Belgien, wo er jedoch keine Beschäftigung fand. Er reiste in ihm der Plan, an Portas Rache zu nehmen, worauf er nach Barcelona zurückkehrte und zwei Wochen später das Attentat ausführte. Da nun die beiden verwundeten Beamten Portas und sein Sekretär Fejebio außer aller Gefahr sind und binnen wenigen Wochen wieder vollständig hergestellt sein dürften, so liegt hier nur ein leichter Mordversuch vor, welcher nach dem spanischen Gesehbuche mit einer Höchststrafe von 2 Jahren Gefängnis und 250 Peseten Geldstrafe bedroht wird. — In Barcelona und ganz Katalonien legt man auf die Revision des Prozesses um so größeren Werth, weil sonst alle Anhänger der weit verbreiteten föderalistischen Bewegung des Landes beschlachtet müßten, unter das Anarchistengesetz gestellt zu werden.

— Das Verhältniß zu den Vereinigten Staaten. Der „Tempo“ meldet aus San Sebastian, daß amerikanische Gesandte Woodford habe dem Minister des Auswärtigen, Herzog von Tetuan, in einer drei Stunden währenden Zusammenkunft dargelegt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika infolge der langen Dauer des kubanischen Krieges in ihren kommerziellen und industriellen Interessen große Verluste erleiden. Es sei Spanien offenbar unmöglich, den Aufstand innerhalb einer absehbaren Frist niederkzuwerfen, und selbst, wenn dies gelänge, wäre Kuba infolge der Kriegsmethode des Generals Weyler vollständig verwüstet und sowohl für die Spanier wie für die Kubaner nutzlos. Woodford erklärte schließlich, wenn der Krieg nicht vor Ende Oktober beendet wäre, würden die Vereinigten Staaten sich für berechtigt halten, die ihnen entsprechend erscheinenden Maßnahmen zur Sicherung des vollständigen dauernden Friedens auf Kuba zu treffen. Der Herzog von Tetuan habe die Mittheilungen Woodford's zur Kenntniß genommen und gleichzeitig gegen die amerikanischen Prästationen Verwahrung eingelegt. Eine offizielle Antwort werde der Herzog von Tetuan erst in Madrid nach der Rückkehr des Hofes formulieren.

Madrid, 21. September. Ein Telegramm aus Havana meldet, daß eine neue Expedition der amerikanischen Freibeuter mit Waffen und Munition ausgerüstet, in der Provinz Havana gelandet sei.

Dies ist die 43. Freibeuter-Expedition aus den Vereinigten Staaten nach Kuba. Von diesen schlugen 21 gänzlich und 6 theilweise fehl. 16 Expeditionen waren erfolgreich. Die Berichte der Vereinigten Staaten gingen in 11 von den 16 erfolgreichen Fällen gegen die Küstler bezw. gegen die Vermittler der Expeditionen vor. Obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten die Befugniß hat, verdächtige Fahrzeuge mit Waffen und Munition mit Beschlagnahme, ist in keinem Falle ein Schiff wirklich beschlagnahmt worden. Von den angeklagten Personen wurden die meisten freigesprochen und manche eingeleiteten Prozesse niedergeschlagen. Wirkliche Verurtheilungen erfolgten bloß in drei Fällen und auch da noch nicht überall in letzter Instanz.

#### Afrika.

— Ueber die Lage in Sudan meldet der „Figaro“, zwischen England und dem Mahdi sei ein Vertrag abgeschlossen, wonach der Mahdi sich dem Vormarsche der Engländer bis Khartum und darüber hinaus nicht entgegenstellen werde. Unter diesen Bedingungen bleibe der Mahdi König von Khartum und Joberi-Basha Gouverneur von Darfur unter dem Protektorat Englands. Die Truppen Osman Dignas bleiben bis auf weiteres am Atbara konzentriert.

#### Der Kongress der sozialdemokratischen Partei Italiens.

Bologna, den 19. September. Die heutige Vormittags-Sitzung beschäftigte sich mit der Organisationsfrage der Partei. Dell'Avalle legte im Namen des Exekutivkomitees ein Projekt vor, nach dem alle Sektionen die Hälfte ihrer Einkünfte der Zentralkasse zu überweisen haben. Andere Vorschläge zielten dahin, den Distriktsverwaltungen, in deren Wirkungskreis der Sozialismus schon eine größere Verbreitung erlangt hat, eine größere Unabhängigkeit von der Zentralkasse zu sichern. Die ganze Frage wird schließlich bis zum nächsten Kongress vertagt. In der Nachmittags-Sitzung kam die Agrarfrage zur Verhandlung. Dr. Gerolami Gatti gab als Berichterstatter eine erschöpfende Darstellung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter. Dem ländlichen Kleinbesitz könnten keinerlei Verprechungen gemacht werden, die Erhaltung der Kleinbauern sei auf die Dauer nicht möglich. In unterstehen seien die Bestrebungen nach Affoziationen des kleinen Grundbesitzes mit kollektivistischer Bewirtschaftung desselben. — Croce spricht sich gegen diese Anschauung aus, weil diese der Auffassung des Bauern widerspreche. — Serrantoni plädiert für Einführung von Gerichten für die Landarbeiter, ähnlich den Gewerbegerichten.

Nach Schluß der sehr ausgedehnten Diskussion wird eine Resolution angenommen, welche der Partei die Art ihrer Agitation auf dem Lande vorgezeichnet. Nach derselben hat die Partei danach zu streben, daß auf dem Lande Reformen zu Gunsten der Arbeiter (Zugeldbuer, Dienstboten etc.) herbeigeführt werden. Zur Erreichung dieses Zweckes wird die Einführung von landwirtschaftlichen Arbeitskammern verlangt. Auf Befestigung eines gewissen Lohnminimums und Verkürzung der Arbeitszeit soll hingearbeitet werden. — Bezüglich des Kleingrundbesitzes erklärt die Resolution, daß dieser der fortschreitenden Konzentration des Kapitals zum Opfer fallen müsse. Die sozialistische Partei habe sich auf die Betonung dieser Thatsache zu beschränken und den Bauern die ökonomischen Gesehe, die ihren Untergang bewirken, auseinander zu legen.

Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung: Die Stellung der Partei zum industriellen Proletariat, berichtet Dr. Anna Kulischoff. Sie bedauert, daß die Partei die Agitation unter dem Industrie-Proletariat bisher vernachlässigt habe; die ökonomischen Vereinigungen, Gewerkschaften, Arbeitskammern seien mehr zu berücksichtigen; die Partei sei bisher eine „parlamentarische“ gewesen. Sie tritt in warmer Weise ein für Arbeiterschul-Gesehe; eine energische Agitation sei zu entfalten, um die Arbeiterinnen zu organisieren. Nednerin schildert in ausführlicher Weise die über alles Maß elende Lage der italienischen Industrie-Arbeiterinnen, die lange Arbeitszeit, die schlechten Löhne, die große Sierblichkeit der Frauen und Kinder. Sie verlangt die Einführung eines besonderen Gesehes zum Schutze der Frauenarbeit.

Dem Jahreskongress der italienischen Sozialisten wurde am Sonnabend, wo er seine Sitzungen begann, von den Genossen Auer, Liebknecht und Singer, als den in Berlin dergest anwesenden Mitgliedern der Parteileitung, ein Glückwunsch-Telegramm, die internationale Solidarität betonend und die Sympathien der deutschen Partei ausdrückend, zugesandt.

Auf dieses Telegramm, das mit Jubel aufgenommen wurde, erwiderte im Auftrage des Kongresses dessen Vorsitzender Costa: Genossen! Eure brüderlichen Worte, in denen Ihr eure Solidarität uns bekundet, sind uns eine Ermutigung, auf der gemeinsamen Bahn der internationalen Emanzipation der Arbeit voranzuschreiten. Gruß und Solidarität! Hoch der Sozialismus! Costa, Vorsitzender. Bologna, den 19. September.

#### Partei-Nachrichten.

„Einen Antrag auf Abschaffung der Maffei“ sollen die Hamburger Genossen gestellt haben, behaupten hartnäckig verschiedene Blätter z. B. auch die „Bolsche Zeitung“. Aber der Hamburger Antrag richtet sich nur gegen die obligatorische Arbeitsruhe am

1. Mal. Wir können kaum glauben, daß es bloße Naivität ist, was dieses Wortspiel mit dem Ausdruck *Mais feier* veranlaßt hat.

Auf dem 6. Parteitag für das westliche Westfalen, der am Sonntag in G. r. d. e. abgehalten wurde, empfahl der Genosse *Sand* in seinem Referat über die Beteiligung an den Landtagswahlen ein Kartell mit den Freisinnigen zum Zweck der Vertretung der Mandate unter Freisinnigen und Sozialdemokraten in solchen Kreisen, wo ihre Wahlmänner die Mehrheit haben. Der Korreferent *Lehmann* verwirft jeden Kompromiß und bezeichnete die Beteiligung an der Landtagswahl als auschließend, stellte aber dem Parteitag anheim, sich für die Aufhebung des Kölner Beschlusses auszusprechen. Unter Ablehnung verschiedener Resolutionen, die jede Beteiligung verwarfen, wurde beschlossen, dem Hamburger Parteitag die Aufhebung des Kölner Beschlusses zu empfehlen; die Entscheidung über das Ob und Wie der Beteiligung soll jedem Wahlkreise überlassen werden.

Die Parteikonferenz für den 9. hannoverschen Wahlkreis *Hannover-Springe*, die am Sonntag in *Springe* tagte und von 60 Delegierten aus 25 Ortsgruppen sowie circa 100 Gästen besucht war, wählte den Genossen *Stein* aus Limmer wieder zum Vertrauensmann. Derselbe hatte, einschließlich des vorhandenen Kassenschatzes, eine Jahresrechnung von 1227,31 M. Nach Abzug der Ausgaben im Betrage von 710,70 M. blieb ein Ueberschuß von 516,61 M. Als Delegierter zum Hamburger Parteitag wurde einstimmig der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse *A. Frey* aus Hannover, gewählt; hinsichtlich der preussischen Landtagswahlen beschloß die Konferenz, daß der Kölner Beschluß aufgehoben, jedem Kreise aber überlassen bleiben soll, ob er sich beteiligen will. Zum Schluß hielt Genosse *Brey* einen zweistündigen Vortrag über die gegenwärtige Lage, der von ungetheiltem Beifall der Parteigenossen fand.

Die Parteigenossen in *Viebrich* in Hessen-Nassau berieten über ihre Stellung zu der Landtagswahl, die im Laufe des nächsten Monats dort vorzunehmen ist. Auf Antrag des Genossen *Müller* entschied man sich für Stimmenthaltung, da der Beschluß des Kölner Parteitages unbedingt so lange befolgt werden müsse, als er bestehe. Vom Parteitag zu *Hamburg* wird die Aufhebung jenes Beschlusses verlangt; über die Beteiligung an der Landtagswahl selbst sollen die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise entscheiden.

Als Reichstagskandidat für *Mainz* wurde von der Parteikonferenz zu *Köln* einstimmig wieder der Parteigenosse *Dr. David* aufgestellt. Derselbe hat die Kandidatur angenommen.

Als Delegierte zum Hamburger Parteitag sind folgende für den Reichstagswahlkreis *Altona* die Genossen *Lesche-Altona*, *Frau Köhler* und *Rosbichtl-Wandbed*; für den Wahlkreis *Lauenburg* die Genossen *Schumacher*, *Lauenburg*, *Münge* und *Krüger*, *Schiffbeck*.

Von der Agitation. Unsere meiningischen Parteigenossen verteilten am Sonntag im ganzen Herzogtum trotz des schlechten Wetters ein Flugblatt zur Landtagswahl. Instruktionen von 4-6 Stunden mußten unter heilem Regen gemacht werden und doch unterzogen sich die Genossen diesen Strapazen mit der größten Bereitwilligkeit.

In *Breslau* sprach *Liebnecht* am Sonntag in einer Versammlung, die schon stundenlang vor ihrem Beginn statt befand, über die Stellung der Sozialdemokratie zur Frauenfrage. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die Volksversammlung spricht dem Referenten, Reichstags-Abgeordneten *Wilhelm Liebnecht*, ihre begeisterte Uebereinstimmung aus mit seinen lehrreichen und überzeugenden Ausführungen, die trefflich geeignet waren, die hohe Genußnahme in den versammelten Frauen und Männern zu nähren, als Mitarbeiter den Millionenheeren der internationalen Sozialdemokratie anzugehören in dem Klassenkampf, der da führen wird und muß zu dem erhabenen Ziele der Beseitigung der herrschenden menschenwürdigen wirtschaftlichen und politischen Zustände und verwirklicht wird das Ideal der Freiheit, der Gleichheit und des Wohlergehens für alles, was Menschenantlitz trägt. Nachdem Genosse *Langner* auf die Wichtigkeit der Arbeiterpresse hingewiesen hatte und eine dementsprechende Resolution einstimmig angenommen worden war, erörterte *Frau Geiser*, die Vorsitzende der Versammlung, das Uebel des *Breslauer* Landgerichts gegen die dortige Frauenbewegung, das bekanntlich die Auflösung des Vereins der weiblichen Vertrauenspersonen" aussprach und die Bestätigung durch das Kammergericht fand. Die Rednerin wies die Behauptung des Gerichts zurück, daß die *Breslauer* Frauenbewegung künstlich geschaffen und von männlicher Leitung abhängig sei, und betonte unter lebhaftem Beifall, daß diese Bewegung hervorgegangen sei aus dem zwingenden Bedürfnis der beteiligten, völlig unabhängig wirkenden Proletarierinnen. Diese Bewegung werde daher auch allen Hindernissen und Anfeindungen zum Trotz weiter blühen und gedeihen. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einem Schlußwort des Referenten, der zu unangenehmer Täglichkeit für unsere Sache ansetzte und mit scharfen Worten die verwerflichen Praktiken der Gegner anregelte, die uns Umsturz- und Revolutionsgefahr vorwerfen, selbst aber die Grundlagen des Reiches, die Verfassung und das allgemeine Wahlrecht in frecher Weise antasten, schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie, dem sich brausende Hochrufe auf *Liebnecht* anschlossen.

Die „*Magdeburger Volksstimme*“ erscheint vom 27. September an täglich mindestens sechsfach, angenommen Montags, wo das für den Romanbogen beiseite gelassen wird. Der „*Landbote*“ und die „*Frauenpost*“, die bisher der „*Volksstimme*“ beigelegt wurden, fallen weg, da für die Besprechung der Landarbeiter-Verhältnisse und der Frauenbewegung in der „*Volksstimme*“ selbst Raum geschaffen ist. Von dem bereits genannten Zeitpunkt an führt die „*Volksstimme*“ das Datum des folgenden Tages.

Die Parteikonferenz für den 9. württembergischen Reichstagswahlkreis, der die Oberämter *Balingen*, *Kottweil*, *Spaichingen* und *Luttingen* umfaßt, wählte den bisherigen Kreis-Vertrauensmann *Robert Maurer* in *Edingen* wieder und bestimmte als Delegierten zum Hamburger Parteitag den Genossen *W. Ulrich* in *Stuttgart*. Im Hinblick auf die bevorstehende Wahlkampagne wurden die Ortsgruppen des Kreises in 5 Agitationsgruppen eingeteilt. Zur Regelung der Agitation ist für jede dieser Gruppen in der zu betrachten kommenden Mitgliederschaft ein Vertrauensmann zu wählen. Die von dem Kandidaten des Kreises, dem Genossen *Hildenbrand* aus *Stuttgart*, in betreff der Agitation gemachten Vorschläge wurden angenommen und man beschloß, nach diesen Vorstößen mit Versammlungen zu beginnen. Die Konferenz tagte in *Schönbühl* und war von 18 Delegierten besucht.

Politikalisches, Gerichtliches etc. Ueber die Verhandlung des Reichsgerichts gegen unseren Parteigenossen Reichstags-Abgeordneten *Horn* in *Dresden* wegen Verleumdung dreier Glashüttendirektoren, worüber in der Tagesnummer des „*Vorwärts*“ kurz berichtet wurde, schreibt die Reichsgerichts-Korrespondenz: Das Landgericht hat festgestellt, daß *Horn* die Direktoren beleidigt und nicht in der Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Gegen die Nicht-Anwendung des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) richtete sich im wesentlichen die Revision des Angeklagten, der seine Ausführungen persönlich vor dem Reichsgerichte machte. Von allgemeinem Interesse war seine Angabe, daß er in dem einen Falle dupirt worden sei. Es ist ja eine bekannte Thatsache, daß ein Redakteur nur selten in der Lage ist, die Wichtigkeit einer ihm zugehenden Nachricht sofort zu prüfen, und er wird, namentlich wenn die Nachricht ihm von vertrauenswürdigem Seite zugeht, sich nicht bemühen, durch Veröffentlichung derselben eine strafbare Handlung zu begehen, aber dennoch wird er verurteilt. Der Oberstaatsanwalt bezeichnete sämtliche Mängel als unbegründet und das Reichsgericht erkannte sodann auf Verwerfung der Revision.

Der Parteigenosse *Wilhelm Leven*, Redakteur der „*Reichstags-Tribüne*“ in *Gera*, verliert am heutigen Mittwoch das Gefängnis nach Verbüßung der neunmonatigen Strafe, die ihm wegen

Verbreiten angesetzt war. Der Sozialdemokratische Verein in *Gera* hat zur Begrüßung des kampferprobten Parteigenossen einen Gesellschaftsabend arrangiert.

Vor zwei Jahren wurden in *Jserlohn* drei Parteigenossen vom Schöffengericht von der Anklage freigesprochen, in den Gemeinden *Westig*, *Sundwig* und *Demer* sozialistische Flugchriften ohne polizeiliche Erlaubnis öffentlich verbreitet zu haben. Der Vorsitzende des Gerichts, *Ambrücher* Casse, vertrat — wie die „*Rheinisch-Westfäl. Ztg.*“ mittheilt — die Ansicht, daß Wohngebäude und Restaurationen nicht als öffentliche Orte zu betrachten seien. Da nun die Angeklagten die Flugchriften von Haus zu Haus gebracht hätten, müsse deren Freisprechung erfolgen. Das Gericht schreibe polizeiliche Erlaubnis nur bei öffentlicher Verbreitung vor, und diese habe nicht stattgefunden. Derselbe Richter hat jetzt vier Parteigenossen, die in denselben Orten und in derselben Weise wie die drei Parteigenossen vor zwei Jahren ein Flugblatt verbreitet haben, wegen öffentlicher Verbreitung verurteilt, weil das Verbreiten von Haus zu Haus eine öffentliche Verbreitung sei und deshalb der polizeilichen Erlaubnis unterliege. Der Richter irt: seine frühere Ansicht war zutreffend. Er übersieht, daß durch § 43 der Gewerbe-Ordnung Absatz 5 bestimmt ist: „in geschlossenen Räumen ist zur nichtgewerbsmäßigen Verteilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken eine Erlaubnis nicht erforderlich.“ Selbst das Kammergericht hat zugegeben, daß durch diese Bestimmung die altpreussische Pressgesetzbestimmung, soweit sie nichtgewerbsmäßiges Verteilen in Restaurationen von *Herrn* *Andrad* Gnaden abhängig macht, zweifellos aufgehoben ist.

## Gewerkschaftliches.

### Verlin und Umgebung.

Achtung, Drechsler! In der Tischlerei der Herren *Marl*, *graf* u. *Zbau*, *Gurkr.* 16, haben am Sonnabend die Kollegen die Arbeit niedergelegt, da ihnen zugemutet wurde, 33 1/2 v. H. billiger zu arbeiten. Es ist außerordentlich notwendig, die Kollegen durch *Herrn* *Haltung* des *Zuges* zu unterstützen. Als äußerst bedauerlich muß es bezeichnet werden, daß sich am Sonntag bereits Arbeitswillige gefunden hatten. Dieselben haben jedoch, auf den Stand der Dinge aufmerksam gemacht, die Werkstätte wieder verlassen. Da die Firma den Versuch macht, anderweitig die Arbeit anfertigen zu lassen, ist es dringend geboten, überall in den Drechsler-Werkstätten hierauf zu achten, um den Kollegen den Kampf nicht illusorisch zu machen. Hauptächlich kommen *Stuhl*- und *Tischstühle* in Betracht, die zur Spezialität *Sitzmöbel* und *Lokaleinrichtungen* gehören.

Im weiteren werden die Kollegen noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Sperre in der Werkstatt des *Herrn* *Engel*, *Drummeistr.* 5, vom letzten *Baudrechsler*-Streik unverändert fort-dauert.

In der *Baudrechsler* der Herren *Schmidt* u. *Co.*, *Schönhauser* *Allee* 107a, besteht noch die 51stündige Arbeitszeit, da die dortigen Kollegen nicht in die Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten sind.

### Die Kontrollkommission der Drechsler.

Achtung, Stöckarbeiter! In der *Stöckfabrik* von *J. O. G.* *Gem.* *Alexanderstr.* 22, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Die Agitationskommission.

Unternehmer-Terrorismus. Auf sein Gesuch um Arbeit bei der *Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft* vorn. *Schwarzlopf* erhielt der *Metallarbeiter* *J.* folgende Antwort:

„Auf Ihr werthes Schreiben vom gestrigen Tage ersuchen wir zunächst, uns schriftlich die Erklärung abgeben zu wollen, daß Sie sich bei der Wiedereinstellung in eine zu dem Verband der *Berliner Maschinenfabriken* gehörigen Werkstätte zukünftig aller sozialdemokratischen Agitationen, Sammlungen für Streikzwecke, oder Aufhebungen zu Streiks und Verunruhigung der Arbeiter enthalten wollen, wie daß Sie sozialdemokratischen Verbänden, welche diese Ziele verfolgen, nicht angehören. — Wie Ihnen erinnerlich sein wird, erfolgte Ihre Entlassung aus unserer Fabrik im Jahre 1892 aus dem Grunde, weil Sie sich derartiger Untriebe in reichem Maße schuldig gemacht haben und dies auch unter der Erklärung, daß Sie dem sozialdemokratischen Verbande angehören, zugeben. Der Verband der *Berliner Metallindustriellen* und die Einrichtung des *Arbeitsnachweis-Bureaus* desselben hat es sich aber insbesondere zur Aufgabe gestellt, für die Unterkunft aller arbeitssuchenden, ordentlichen, friedlich denkenden und ohne ihre eigene Schuld arbeitslos gewordenen Arbeiter zu sorgen resp. dieselben einander zu empfehlen, hingegen zum Reiz gern gewährten Schutz und Schirm der eigenen Arbeiter, welche in Frieden und Eintracht ihre Arbeit verrichten wollen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, wodurch behende und Unfrieden stiftende Elemente aus deren Werkstätten fern gehalten werden. — Ohne daß Sie eine derartige Erklärung, wie sie eingangs dieses Schreibens Ihnen anheim gestellt ist, abgeben, sind wir nicht in der Lage, Sie unseren Herrn Kollegen zur Einstellung zu empfehlen, was wir in anderen Fällen gern thun wollen. Eine Verjagung derselben schließt jedoch andererseits natürlich nicht aus, daß Sie in allen übrigen Werkstätten, die nicht zu unserm Verbande gehören, sich um Arbeit bemühen und solche nach ihrem Belieben annehmen oder ablehnen, denn unsere Vereiniung bezieht sich nur auf die Mitglieder, welche das *Arbeitsnachweis-Bureau* zur Hilfe und zum Schutz und Schirm gut bewährter Arbeiter erichtet haben.“

Was würden wohl die Unternehmer und die auf deren Seite stehende bürgerliche Presse dazu sagen, wenn die Arbeiter oder deren Organisation von den Fabrikanten verlangt würden, daß sie sich aller nationalliberalen oder freiservativen Agitation enthalten, oder Verbänden nicht angehören sollen, welche die Interessen der Unternehmer vertreten und jeden Arbeiter, der zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zusammenschließt, auszu-hungern bemüht sind. Und doch wäre ein solches Verlangen, von den Arbeitern an die Fabrikanten gestellt, nichts anderes, als was die Unternehmer sich den Arbeitern gegenüber herausnehmen.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat, wie uns mitgeteilt wird, zur Unterstützung der um den nächsten Kundentag kämpfenden englischen Arbeiter vorläufig 5000 M. bewilligt.

### Deutsches Reich.

Eine Protestkundgebung veranstalteten die Bergarbeiter in einer gut besuchten Versammlung, die am Sonntag in *Dortm.* und tagte. Die Reden haben in letzter Zeit wiederholt Arbeiter anwerben lassen, die nachher bitter enttäuscht waren, als sie sahen, daß die Versprechungen der Agenten in bezug auf die Lohnzahlungen ausblieben. Vor kurzem hat die *Zeche Kaiserstuhl* mehrere hundert Arbeiter aus *Hinsinkchen* in *Angarn* kommen lassen, die mit Weib und Kind in *Dortmund* anlangten. Bergarbeiter *Bunte* bestritt in der Versammlung auf das entschiedene, daß es diesen armen verführten Leuten möglich sein wird, 5-6 M. täglich zu verdienen, wie es die Agenten den Arbeitern vorredeten, um sie mit ihren Familien aus der Heimat zu locken. Selbst geübte, tüchtige Bergarbeiter erreichen diesen Lohn nicht. Auch machte der Redner darauf aufmerksam, welche Gefahren für den Betrieb entstehen, wenn so viel ungelübte Arbeiter ein einmal in die Bergschicht eintreten, die ohne jede Kenntnis der Gefahren in Schlagweiser, Gruben sind und die betriebstechnischen Einrichtungen gar nicht kennen. In einer Resolution protestierte die Versammlung gegen dieses massenhafte Anwerben fremder Arbeiter.

Der „*Frankfurter Zeitung*“ wird aus *Silsen* gemeldet, daß in den letzten Monaten über 20 000 fremde Arbeiter dort eingewandert sind. Wie dabei unter zu Werke gegangen wird, zeigt eine Verhandlung, die vor dem dortigen Gewerbegericht unter Vorsitz des Berggrafen *Uthmann* stattfand. *Karl Bergle* aus *Oberwaldenburg* in *Schlesien* waren von einem Beauftragten der *Zeche „Königsgrube“* für diese *Zeche* angeworben worden unter dem Versprechen, sie würden 4 M. bis 4,50 M. pro Schicht verdienen und nach Antritt der Arbeit einen Vorschuß erhalten, damit sie ihre Angehörigen herüberholen könnten. Als die Berg-

leute hierherkamen, wurden sie als *Schlepper* angestellt und verdienten pro Schicht 2,50 bis 3 M. Nur einer verdiente als *Hauer* nicht ganz 4 M. Die Bergleute klagten nun auf den versprochenen Lohn und einen Vorschuß von 90 M., damit sie ihre Mische begeben könnten und nicht erzwungen würden. Auch verlangten sie Beschäftigung als *Hauer*, zumal sie schon 5-8 Jahre Bergarbeit verrichtet hätten. Das *Berg-Gewerbegericht* verurteilte die *Zeche „Königsgrube“*, den klägerischen Bergleuten vom Tage der Ankehr bis zur Abkehr einen *Schichtlohn* von 4 M. zu zahlen und ihnen außerdem je 20 M. für Reiseloosen zu vergüten. Das Gericht nahm an, daß der Beauftragte der *Zeche* seine Versprechungen auch im Auftrage der *Zeche* gemacht habe.

Die Verhandlung kennzeichnet so recht die ganze Gewissenlosigkeit profitgieriger Unternehmer. Ihren Zweck zu erreichen, sind sie in der Wahl ihrer Mittel nie wählerisch. Tausende von Arbeitern werden unter falschen Versprechungen angelockt, ohne daß die Verwaltungen der *Zechen* auch nur die geringste Verpflichtung fühlen, die Versprechungen ihrer Agenten zu erfüllen.

Die Sperre über die *Fahfabrik* von *Dechau* u. *Fischer* in *Bergedorf*, welche bekanntlich wegen Differenzen der *Küper* verhängt wurde, ist aufgehoben.

Die *Lohnkommission* der *Holzarbeiter* in *Albeck* weist darauf hin, daß über folgende Werkstätten die Sperre verhängt ist: *Gebr. Wasserstradt*, *W. Senff*, *S. M. Th. Wahrdt*, *J. P. S. Panprein*, *F. Schramm*, sowie *Teunth* u. *Co.*

Der *Leipziger Maurerstreik* hat wiederum mehrere Verurteilungen wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zugeführt. Der 54 Jahre alte streikende *Maurer* *Friedrich Gottlieb Taberna* aus *Ischortau* sah am Nachmittage des 19. Juli, daß die Bauunternehmer *Regel* und *Zimmermann* zwei italienische *Maurer* aus der *Schleierstraße* der *elektrischen Straßenbahn* in der *Reiterstraße* zuführten. *Taberna* trat auf die *Maurer* zu und sagte: „Was, Ihr wollt hier arbeiten? Wißt Ihr denn nicht, daß wir streiken? Untersteht Euch das nicht, sonst sollt Ihr sehen, was passiert!“ Obgleich die *Italiener* diese *Meinung* nicht verstanden, ließen die *Unternehmer* den *Maurer Taberna* doch verhaften. Bei der *Gemeingefährlichkeit* seiner Handlungsweise verurteilte ihn das *Schöffengericht* zu einer Woche *Gefängnis*.

*Gausfriedensbruch*. Widerstand gegen die Staatsgewalt und Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung soll der 40 Jahre alte *Maurer* *Ziller* dadurch begangen haben, daß er eines Abends in den in der dritten Etage der „*Herberge zur Heimat*“ gelegenen *Schlafsaal* mit zwei anderen streikenden *Maurern* ging und zu dort aufschicklichen *Italienern* *Maurern* sagte: „Kollegen, seid vernünftig, reißt doch ab, Ihr macht uns doch den Streik nur schwer. Wir geben Euch auch das *Reisgeld*! Wenn Ihr nicht wollt, dann laßt Euch aber nicht auf der *Straße* sehen!“ Auf Anweisung des *Wirthschaftsgehilfen* *Franz Rutsche* und des in *Zivil* anwesenden *Schumanns* *Jannseil* soll sich dann *Ziller* nicht entfernt und seiner gewaltsamen *Führung* durch *Reihen* am *Treppengeländer* und *Einstemmen* mit den *Füßen* im *Hausflur* widersteht haben. *Ziller* bestritt, die *Drohung* gebraucht zu haben. Das *Schöffengericht* verurteilte *Z.* zu drei Wochen *fünf* Tagen *Gefängnis*.

Der *Maurer* *Karl August Silber* hat von dem *Polizeiamt* ein *Strafmandat* über 3 M. erhalten, weil er am 23. Juli vormittags gegen 8 Uhr auf der *Promenade* gegenüber dem *Magdeburger* und *Präsidenten* *Bahnhof* hin und her gegangen ist und sich auf einige *Minuten* auf eine *Promenadenbank* gesetzt hat. Ein Antrag auf richterliche Entscheidung brachte die *Sache* vor das *Schöffengericht* zur Entscheidung und erfolgte hier die *Freisprechung*, da dem *Angeklagten* nicht nachgewiesen werden konnte, daß er die *ankommenden* *Maurer* belästigt habe.

Das *Landgericht* verurteilte den streikenden *Maurer* *Besche*, der in *Gemeinschaft* mit anderen *Maurern* zwei *arbeitswillige* *Maurer*, die von dem *Polier* *N.* nach *Leipzig* geholt worden waren, in der *Nacht* zum 12. Juli in der *Nähe* von *Leipzig* verhaften hatte, auch der *Polier* hatte seinen *Theil* weggenommen, unter *Anrechnung* von einem *Monat* der *Untersuchungshaft* zu einem *Jahr* drei *Monaten* *Gefängnis*. Der *Staatsanwalt* hatte vier *Jahre* *Gefängnis* beantragt. Das *Geschicht* begründete das *Urtheil* damit, daß es dafür zu sorgen habe, daß jedes *Arbeiter* das *Recht* bleibt, sich einen *Unterhalt* zu verschaffen und die *Arbeitswilligen* gegen *Gewalthandlungen* zu schützen. Von dem *gleichen* *Urtheil* wurde der *Maurer* *Karl Knos* wegen *versuchter* *Müßiggang* zu einem *Monat* *Gefängnis* verurteilt, weil er am 24. Juli bei *Einbindung* eines *Flugblattes* zu zwei *arbeitswilligen* *Maurern* erklärt hat: „Ist Euch das gut durch, wenn Ihr das nicht befolgt und weiter arbeitet, dann kommt Ihr nicht ganzheimig ans *Leipzig* heraus.“ Das *Geschicht* erkannte deshalb auf eine so hohe *Strafe*, weil *R.* die *Zeugen* nur von der *Arbeit* abhalten wollte und seiner *Meinung*, als von einem *alten* *Mann* gethan, mehr *Gewicht* beigelegt würde.

### Ausland.

Zum Kampfe der englischen Maschinenbauer. Die falschen Gerüchte von den vom *Handelsamte* eingeleiteten *Vermittlungsversuchen*, die gestern auch von den *Berliner* *Pol. Nachr.* kolportiert wurden, sind dadurch entstanden, daß das *Handelsamt* die *Vertreter* beider *Parteien* empfangen hat, um sich Bericht erstatten zu lassen. Irigend welche Schritte hat das *Handelsamt* noch nicht eingeleitet. — In *Sheffield*, *Edinburg*, *Greenock*, *Dumdee* und *Wristol* sollen weitere *Ausführungen* angekündigt sein. — Die *Zahl* der am *Kampfe* beteiligten *Arbeiter* beträgt jetzt circa 50 000 Mann, die am *Sonntag* zusammen 83 000 *Pfund* *Sterling* *Streikunterstützung* erhalten haben.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

Dresden, 21. September. (B. Z. B.) Amlich wird bekannt gegeben: Auf der letzten durch *Pochwasser* zur *Zeit* noch gestörten *fächlichen* *Linie* *Mägeln-Geising-Altendorf* wird am 22. d. M. der *Gesamtwverkehr* auf der *Teilsstrecke* von *Mägeln-Burthordiswalde-Magen* bis *Glashütte* wieder eröffnet. *Reichstrecke* *Glashütte-Geising-Altendorf* bleibt noch ungefähr 6 Tage gesperrt.

Kaiserlantern, 21. September. (B. Z. B.) Heute Abend fuhr der „*Fälzischen* *Presse*“ zufolge aus dem hiesigen *Anger* *Bahnhof* ein *rangierender* *Güterzug* einen von *Landstuhl* kommenden in den *Hauptbahnhof* einfahrenden *Güterzug* in die *Pfanne*. Die *Lokomotive* und 16 *Wagen* wurden beschädigt, 5 *Wagen* vollständig zertrümmert. *Personen* wurden nicht verletzt. Ueber die *Ursache* des *Unfalls* ist noch nichts *Genaueres* bekannt.

London, 21. September. (B. Z. B.) Ein *deutscher* *Offizier* des *Kongoflanes* veröffentlicht in einem hiesigen *Blatt* Einzelheiten über im *Kongoflan* verübte *Grausamkeiten*. In der *Publikation* heißt es, mehr als 20 *Dörfer* seien niedergebrannt worden, weil die *Einwohner* nicht genug *Eisenbein* liefern konnten. Der *Offizier* wurde seines *Pokens* enthoben, weil er sich dem *Hände*-*Abhauen* widersetzte.

Petersburg, 20. September. (B. Z. B.) Wie jetzt amtlich aus *Krasnojarsk* gemeldet wird, wurde am 14. September 11 *Uhr* *abends* in *Dorje* *Kathedrale* der *Ballon*, welcher für den *denkmaligen* *Andro* gehalten wird, von einem in *administrativen* *Wege* *Verschieden* *Namens* *Hempel* am *nordwestlichen* *Himmel* bemerkt. Nach dessen *Angaben* soll der *Aerostat* in der *Größe* eines *großen* *Apfels* erschienen sein und in dem *Lichte* *geglänzt* haben. Er blieb fünf *Minuten* *sichtbar* und *verschwand* *sodann* *hinter* *Wolken* *zum* *Horizont* *herabsinkend*.

New-York, 20. Sept. (B. Z. B.) In *Cairo* (*Illinois*) sind zwei *milde* *Fälle* von *gelbem* *Fieber* vorgekommen.

Lima (Peru), 20. Sept. (B. Z. B.) Ein *heftiger* *Erdbeben* hat hier *zahlreiche* *Gebäude* *beschädigt*, *in* *den* *einigen* *Unglücksfälle* *vorgekommen*. Mehrere *Frauen* wurden auf den von der *erregten* *Bevölkerung* *gefüllten* *Straßen* *ohnmächtig*.

Von den sächsischen Landtagswahlen.

Dresden, 20. September 1897.

Am 27., 28., 29. d. M. finden die Wahlmänner-Wahlen in Sachsen statt. Die dritte Wahlklasse wählt am 27., die zweite am 28., die erste am 29. Es ist die erstmalige Wahl unter dem Dreiklassen-Wahlrecht. Die sächsischen Parteigenossen wollen versuchen, was sie auch unter einem so schlechten Wahlrecht auszurichten vermögen. So viel läßt sich schon jetzt sagen: Würde unsere Partei sich nicht aktiv an diesen Wahlen beteiligen, so würde die ganze Wahl überhaupt fast ohne jede Erregung in der Öffentlichkeit vorübergehen. Durch das Eingreifen unserer Partei ist Leben in die Bevölkerung gebracht, ist eine große politische Bewegung erzeugt worden.

Zunächst galt es für unsere Genossen, den Wählern das neue Wahlgesetz vor Augen zu führen. Schon das war bei der Kompliziertheit des ganzen Verfahrens keine Kleinigkeit. In einem über das ganze Land verbreiteten Flugblatt wurden schon vor Monaten die Wähler in ausführlicher Weise auf die Einzelheiten des neuen Wahlgesetzes aufmerksam gemacht. Den agitatorisch thätigen Genossen ist außerdem eine kleine Broschüre zur Verfügung gestellt worden, aus welcher sie nach jeder Richtung hin Aufklärung über die Beschaffenheit des neuen Wahlsystems erhalten konnten.

Jetzt, da die Wahltag nahe bevorstehen, ist man nun daran, Flugblätter zu verbreiten und Versammlungen abzuhalten, in denen die Stellungnahme der sächsischen Sozialdemokraten unter den veränderten Verhältnissen genau gekennzeichnet wird. Als erste Wahlparole gilt selbstverständlich die Wahlfreiheitsfrage! Und sie leistet vortreffliche Dienste in der Agitation, vor allen den Gegnern gegenüber. Letztere schwingen sich darüber vollständig aus, und sind immer in der fatalsten Lage, wenn sie von unseren Genossen herausgefordert werden. Eine wahrhaft traurige Rolle spielen auch wieder die Antisemiten. Im Landtage hatten die wenigen antisemitischen Vertreter gegen die Verschlechterung des Wahlrechts gestimmt. Diese Opposition ist aber sehr matt geworden. Zu ihren Versammlungen suchen die Herren um diese Frage herumzugehen, wie die Rache um den heißen Brei. Das Verfahren der Gegner in ihren Versammlungen gegen unsere Redner, die mit ihnen diskutieren wollen, ist das herkömmliche. Entweder man läßt uns gar nicht reden oder man gewährt uns, wenn die Stimmung der Versammelten es garnicht anders erlaubt, 10 Minuten. Alle sonstigen Praktiken von Seiten der gegnerischen Parteien wie seitens der Behörden, uns die Agitation möglichst zu erschweren, werden natürlich auch in überreichem Maße angewendet; die hiesige Presse hat täglich zahlreiche solcher Fälle zu registrieren.

Man sieht aus diesem Verhalten der Gegner, daß sie sich trotz des für sie so günstigen Wahlsystems doch vor uns und unserer Agitation gehörig fürchten. Noch erlaubt ihnen das Wahlsystem nicht, sich ganz gefolgt aus der zu legen. In allen Tonarten empfiehlt die bürgerliche Presse „den gemeinsamen Kampf gegen den Umsturz“. Das „Journal“, Regierungsorgan, erklärte offen, daß diese Landtagswahlen in Sachsen mehr denn je den Kampf der revolutionären Sozialdemokratie gegen die Gesamtheit der Ordnungsparteien bedeuten. Und das hat seine volle Richtigkeit. Die Antisemiten sind über diese Auffassung des Regierungsblattes recht böse. Sie können garnicht klug daraus werden, ob sie auch mit zu den Kämpfern für „Ordnung und Sitte“ gerechnet werden, oder ob sie von den „maßgebenden Kreisen“ überhaupt als bedeutungslos angesehen werden. Letzteres wird wohl zutreffen, denn der Antisemitismus, der 1893 hier mächtig ins Kraut schoß, hat seitdem stark abgewirksam und mehr denn je muß in Sachsen das Wort von der „einen reaktionären Masse“ als richtig gelten. Denn auch der Freisinn hat aus der Reaktionsrichtigkeit, wie sie hier üblich ist, keine neue Kraft zu ziehen vermocht; er ist hier tot und bleibt tot.

Bei der Bedeutung, die diese Wahlen haben, wird es außer-sächsischen Kreise interessieren, die Liste der Wahlkreise und der Kandidaturen einzusehen. Zur Wahl stehen im ganzen 31 Kreise:

Table with 4 columns: Kreis, Kandidat, Partei, Anmerkung. Lists candidates for various districts like Dresden I, Dresden IV, Leipzig I, Chemnitz I, etc.

Die mit \* bezeichneten Kandidaten vertreten den Kreis guleht im Landtage.

Welchen Ausgang nun die Wahl haben wird, läßt sich nicht absehen. Auf Mandatserfolge rechnet unsere Partei kaum, obgleich sie vielleicht nicht ausgeschlossen sind. Was wir aber zu erreichen hoffen dürfen, das ist einmal eine große Aufstellung des Volkes und die Erweckung des Bewußtseins, wie schändlich die herrschenden Parteien durch Zerschlagung des alten Wahlrechts an ihm gehandelt haben, das ist ferner die Verdrängung

der ordnungsparteilichen Wahlmänner aus der dritten Wahlklasse, so daß die konservativen und national-liberalen Abgeordneten, welche in das Parlament einzuziehen, von vornherein, für jedes Auge sichtbar, als Vertreter nur der bestehenden Klasse gekennzeichnet sein werden. Diese Erfolge scheinen uns die angewendete Mühe über-gewinn zu lohnen.

Die sächsische Arbeiterschaft wird am Wahltag Protest erheben gegen die Vernichtung seines Wahlrechts, gegen die politische und wirtschaftliche Bedrückung, der sie in besonders starkem Maße über-antwortet ist.

Wir stehen mitten im Kampfe. Alles ist klar zum Gesichte!

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung betreffend Änderungen für die Lehrerpensionen an den Gemeindefschulen beschließt sich heute unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Langerhans und in Anwesenheit der Magistratskommissare, Bürgermeister Rirschner, Stadtschulrath Dr. Vertram und Kammerer Moos, mit der Generaldebatte, die aber nicht zu Ende geführt wurde.

Lokales.

Die gekern veröffentlichten Anträge zum Parteilage betreffend erhalten wir vom Genossen Sassenbach die folgende Zuschrift: Es ist in bezug auf den Antrag des V. Berliner Wahlkreises ein Fehler unterlaufen. Die Parteigenossen haben sich ausdrücklich dagegen erklärt, daß die Regelung der Beteiligung an den Landtagswahlen einer preussischen Sonderkonferenz übertragen wird, sie verlangen vielmehr, daß der allgemeine Parteitag die Sache selbst erledigt. Ich habe den Antrag in der Umschrift nach Hamburg geschickt und kann mir daher den Fehler nicht erklären. Jedemfalls bitte ich die Sache zu berichtigen. (Siehe Bericht der Berliner Versammlung.)

Der Wahlverein des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises tagt heute, Mittwoch, Abend in Feuerstein's oberem Saal, Alte Jakobstr. 75. Genosse Rudolf Millarg hält einen Vortrag über „Das Unfallversicherungsgesetz“. Bei der noch vielfach herrschenden Unkenntnis der einschlägigen Bestimmungen, sowie über das Verhalten bei Geltendmachung von Ansprüchen nach erlittenen Verletzungen ist die eingehende Behandlung dieser Materie von höchster Wichtigkeit für Angehörige aller Berufs. Nege Beteiligung wird erwartet. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Achtung, sechster Wahlkreis! Genossen, welche gewillt sind, sich an der am Sonntag stattfindenden Flugblatt-Verteilung im sechsten Wahlkreis zu beteiligen, mögen sich bei Franz Kleinert, Restaurateur, Müllerstr. 7a und bei Eugen Ernst, Restaurateur, Schwarzkopfsstr. 11, am Sonntag früh 1/2 8 Uhr einfinden.

Die Vertrauenspersonen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow werden ebenfalls ersucht, die Flugblatt-Verteilung am Sonntag, den 26. September, zu arrangieren, und dies in geeigneter Weise rechtzeitig bekannt zu geben. Die Vertrauensperson in Charlottenburg.

Die Freie Volkshöhle bringt Sonntag, den 26. September, Nachmittag um 3 Uhr im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater für die III. Abteilung (graue Karten) Münchberg's Hamburgerisches Drama „Illusionen“ zur Aufführung. Die Mitglieder der III. Abteilung werden gebeten, pünktlich zur Vorstellung zu erscheinen. Die Verlosung der Plätze beginnt um 2 Uhr. Der Garten ist für die Mitglieder geöffnet. Die Monatschrift „Freie Volkshöhle“ mit dem Theaterzettel ist à 10 Pf. bei den Ordnern zu haben. Die Mitgliedskarte muß für die alten Mitglieder je eine Beitragsmarke in Rubrik 5 und 6 für neue Mitglieder 2 Markten à 60 Pf. in der Rubrik 6, enthalten. Mitglieder zur III. Abteilung können bis Donnerstag, den 23. September, in allen Zahlstellen aufgenommen werden. (Siehe heutiges Inserat.)

Da der Vorstand nunmehr auch mit der Direktion des Lessing-Theaters vertragmäßig abgeschlossen hat, die Vorstellungen also wie früher zum Teil im Lessing-Theater und zum Teil im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater stattfinden, da ferner noch Verhandlung mit Herrn Dr. Oskar Blumenthal im Lessing-Theater ein der Volkshöhle würdiges Repertoire geboten werden wird, so machen wir die alten Mitglieder und Freunde des Vereins, sowie diejenigen, welche Mitglieder des Vereins werden wollen, ganz besonders auf diesen Umstand aufmerksam. Sofortige Anmeldung in einer Poststelle ist in diesem Falle erforderlich, da die ersten Abteilungen in den nächsten Tagen geschlossen werden.

Der Vorstand. J. W.: G. Winkler.

Deutscher Post- und Telegraphen-Post. Eigentlich sollte man denken, daß dem Post- und Telegraphenwesen ein Post garnicht angehängt werden könne, allein der preussische Bureaucratismus hat das Unmöglichkeit ermöglicht. Man höre nur. Schreiber dieses kam nach einer kurzen Reise gestern Abend gegen 1/10 Uhr auf einer Eisenbahnstation hier an, und empfing beim Aussteigen eine sehr dringende Depesche mit bezahlter Rückantwort. Zeit war nicht zu verlieren. Was natürlicher, als daß wir auf das Telegraphenbureau des Bahnhofes eilten, um die Antwort-Depesche abzugeben. Da hatten wir aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Die bezahlte Rückantwort gilt bloß für die Post. Sie mußten also auf die Post gehen.

Allein das nächste Postbureau war 20 Minuten entfernt und es regnete in Strömen. Was thun?

„Ja, wenn Sie die Depesche hier aufgeben, müssen Sie sie bezahlen.“

Und das mußten wir denn auch als das kleinere Uebel erwählen und der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung das vorausbezahlte Geld schenken. Der Beamte war sehr höflich und sah wohl auch die Absurdität ein, doch er konnte nichts machen.

Wie dick und lang aber muß der Post sein, der die deutsche Reichsregierung hindert, die Eisenbahn-Telegraphen in die Gemeinschaft der Reichstelegraphen aufzunehmen?

Die Leistungen des Nischenpostes erscheinen um so imposanter und Raunenwerther, wenn man bedenkt, daß auch unsere Eisenbahnen unter Staatsverwaltung stehen, meist sogar Staats-eigentum sind.

Auch eine Charakteristik des Berliner Hausbesitzerthums. Aus dem Rathhause wird berichtet: Die durch Erlass des Oberpräsidenten genehmigte Hauskollekte in Berlin für die durch Unwetter Geschädigten Deutschlands ist soeben beendet und hat nach kalkulatorischer Prüfung 190 788,61 M. ergeben. Das Resultat ist als ein sehr günstiges zu bezeichnen, zumal sich der Betrag neben vielen größeren Beträgen hauptsächlich aus ganz kleinen Spenden zusammensetzt. Alle Stände und alle Berufsstände sind vertreten. Preisig ist die lebhafteste Beteiligung unserer Arbeiterbevölkerung zu begrüssen, welche nicht unwesentlich zum Gelingen des Unternehmens beigetragen hat. Das Ergebnis dieser Kollekte ist ein sicherer Beweis, daß das Herz des Berliner in allen seinen Volksschichten wahren Glende gegenüber stets hilfsbereit ist und gern sein Scherlein opfert. Zu bedauern ist es nur, daß sich viele Hausbesitzer — etwa 3 pCt. — der Kollekte gegenüber ablehnend verhalten und sogar das Auktualiren der Listen in ihren Häusern verboten haben. Vollen Dank verdienen aber diejenigen, welche Mühe und Zeit nicht gespart haben, persönlich ihre Miether aufzusuchen und Beiträge einzufammeln.

Die Ungünstigkeit der städtischen Bedürfniskassen für Frauen, auf die mehrfach von uns hingewiesen worden ist, ist nunmehr auch vom Polizeipräsidenten anerkannt worden.

Das Igl. Polizeipräsident hat nämlich in einem Schreiben an den Magistrat auf die Ungünstigkeit der hiesigen Bedürfniskassen, namentlich solcher mit Kofel-Einrichtungen (für Frauen) hingewiesen, vorzugsweise mache sich dieser Mangel geltend in den Außenbezirken der Stadt, wie Moabit, Ghanseeufer etc., aber auch in der Friedrichstraße. Bei der Auswahl der Standorte der Kassen sei im allgemeinen wohl die Rücksicht auf die Rentabilität derselben für die Unternehmer vorherrschend gewesen, während das öffentliche Bedürfnis einigermassen berücksichtigt worden sei. Das Polizeipräsident stellt zur Erwägung anheim, ob nicht in Zukunft die letztere Rücksicht als einzig maßgebend anzuerkennen sei. Die hierin liegende prinzipielle Änderung der Stellungnahme zur vorliegenden Frage habe unabweisbar eine nicht unerhebliche pekuniäre Tragweite für die Stadtgemeinde, da entweder die Unternehmer bei unrentablen Anlagen zu subventioniren, oder die Kassen ganz auf städtische Kosten zu errichten wären. Das Polizeipräsident erfucht zunächst um Mittheilung, ob der Magistrat den vorhandenen Mithand anerkennt und bereit sei, als Prinzip für eine Abhilfe ausschließlich das vorhandene Bedürfnis gelten zu lassen, und verspricht dagegen, event. nach Veranstaltung einer allgemeinen Enquete diejenigen Stadtbezirke zu bezeichnen, in welchen nach seinem Ermessen dem vorhandenen Bedürfnis noch nicht genügt ist. Bei eintretender Vermehrung der Bedürfniskassen für Frauen müßte die Nähe von Markthallen, von Kinderspielflächen und dergleichen besonders in betracht kommen. Ferner sei bei Neuanlagen Vorsorge zu treffen, daß die ärmere Bevölkerung (Männer und Frauen) namentlich in den von ihr hauptsächlich bewohnten Stadtbezirken die Möglichkeit erhalten, unentgeltlich die natürlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Was die Wahl der Standorte betreffe, werde unter anderem in der Presse der Vorschlag gemacht, da bei der Neubausart der Berliner Straßenzüge sich nicht leicht geeignete Winkel und kleine Plätze finden, zu unterirdischen Anlagen wie in anderen Großstädten, z. B. in Rom, Zusucht zu nehmen. Ob dieser Ausweg für Berlin ein geeigneter sei, dürfte noch erst zu prüfen sein. Daneben dürfte sich aber wohl die Möglichkeit bieten, in größerem Maße als bisher in öffentlichen, event. auch in Privatgebäuden geeignete Räume zu finden bezw. herzurichten.

Wir fügen diesen Mittheilungen den Wunsch hinzu, daß endlich der Magistrat es für seine Pflicht erachte, den unwürdigen Zustand, daß die Anstalten zum wesentlichen Theil zum Selbsteinhelfen dienen, binnen kurzem aufzugeben.

Der „sozialen“ Standpunkt des „Berliner Lokal-Anzeiger“ kennzeichnet treffend eine redaktionelle Bemerkung, die das „Zentralblatt der Reichshauptstadt“ am Sonntag brachte. Eine „Berkaufsdame“, die Aurora H. unterzeichnete, führte in der Rubrik „Verkaufliche Meinung“ bittere Klage über die lange Ladenzzeit — von früh 7 Uhr bis abends 10 Uhr —, die die Damen hie und jubringen müßten. Es ist dies ein Uebelstand, der von Kerzen und Sozialreformern lange in seiner ganzen Schädlichkeit dargestellt worden ist. Was sagt aber die Redaktion des „Berliner Lokal-Anzeiger“ dazu? In „geistreicher“ Weise fertigt sie jenen Nothruf wie folgt ab:

„Seien Sie doch nicht böse, lieber Aurorachen! Wenn Sie Ihrem Vornamen Ehre machen, dann wird's Ihnen nicht viel thun, wenn Sie frühmorgens aufstehen, um so weniger, als Sie vermuthlich nicht nur in der Morgenstunde Gold im Munde haben, und sei es auch nur von plombrirten Zähnen. Wenn Ihr Chef bis nach zehn Uhr ausfällt, dann sollten Sie, die Sie wohl viel jünger sind, es auch können. Und mit dem Stehen wird es auch nicht so schlimm sein. Denn im allgemeinen wollen die jungen Damen nicht sitzen bleiben. Kurz: Wir misstrauen derartigen Klagen, wenn sie nicht gründlicher motivirt werden, als Sie es thun. Manche Chefs mögen etwas viel verlangen, aber „Dampfer“ finden sich in der Naturgeschichte der Prinzipale gottlob recht selten.“

Privater können die Blätter der Stumm und Konforten auch nicht über die Bestrebungen der Ausbeuteten zur Verbesserung ihres Glends witzeln. Zur Beschämung eines großen Theils der Berliner Bevölkerung muß leider immer wieder konstatiert werden, daß das Blatt, das in dieser Weise kapitalistische Unparteilichkeit ist, zu einem beträchtlichen Theile von Arbeitern gehalten wird. Die Parteigenossen können daher nie eindringlich genug darauf hinweisen, daß die Proletarier, die den „Lokal-Anzeiger“ halten, ihren Gegnern Handlangerdienste leisten.

Ein neues Institut für öffentliche Bilselung bei Unglücksfällen etc. ist in der Berliner Rettungsgesellschaft entstanden. Ueber das neue Unternehmen wird berichtet: Die Berliner Rettungsgesellschaft will die Umgestaltung des Unfall- und Rettungswesens in großem Umfange vornehmen. Nicht weniger als fünfundfünfzig Krankenhäuser sind zu diesem Zweck mit der Gesellschaft zusammengetreten, welche ihrerseits engen Anschluß an sämtliche Berliner Krankenhäuser erhält. Derselben gelten als Hauptwachen. Sodann sollen in verschiedenen Stadttheilen Nebenwachen errichtet werden, an deren ständigen Tage- und Nachtdienst theilzunehmen jedem Arzte freisteht. Haupt- und Nebenwachen sind in telephonischer Verbindung mit einer Centrale (Oberwasserstraße 10), in welcher die Zahl der in den Krankenhäusern freibleibenden Betten täglich gemeldet wird, so daß beim Eintritt von Unglücksfällen auf telephonische Anfrage sofort sichere Unterkunft zugesagt werden kann. Was das Transportwesen betrifft, so ist mit sämtlichen Besitzern von Krankenwagen ein Vertrag dahin geschlossen, daß auf Anruf der Rettungsgesellschaft sofort ein Krankenwagen zur Verfügung steht. Eine vorherige Bezahlung — ein Punkt, der bisher vielfach Mergerniß erregt hat — darf vom Kranken nicht gefordert werden; ist der Kranke außer Stande, den Wagen zu bezahlen, so tritt die Rettungsgesellschaft dafür ein. Bezüglich der Direktion ist Dr. W. Lewy, Verwaltungsdirektor Geh. Ober-Regierungsrath Raumann aus dem Kultusministerium. Man will außerdem den bereits bestehenden Einrichtungen, zumal den Sanitätswachen, nahelegen, sich dem Rahmen der Berliner Rettungsgesellschaft einzufügen. — Wird gehalten, was hier versprochen ist, so hätte man es mit anerkanntem-werthen Neuerungen zu thun, die auch der Arbeiterschaft zu gute kämen.

Der Berliner Milch-Haushandel, welcher bisher fast nur von „Kügel-Volle“ betrieben wurde, soll vom 1. Oktober d. J. an durch ein dem Volle'schen gleiches, ebenso großes Unternehmen noch wieder eine weitere Ausdehnung annehmen, und zwar zunächst im Westen von Berlin und den angrenzenden Borsorien. Das neue Unternehmen wird von zwei früheren Beamten der Firma Volle mit einem Geldmanne, dem Berliner Finanzier F. L. A. u. begründet, und dieselben haben in Wilmersdorf bereits eine größere Meierei ganz nach Volle'schem Muster angelegt, zu welcher die erforderlichen Milchmaschinen von einer großen hiesigen Maschinenfabrik geliefert worden sind. Auch der zum Ausfahren der Milch erforderliche Wagenpark ist bereits vorhanden. Diese neue Konkurrenz hat die kleinen Milchhändler lebhaft erregt; in Rixdorf sollen sie durchgesetzt haben, daß den Volle'schen Angestellten das Ausklingen der Milch verboten wurde. Die armen Teufel werden trotz kommunaler Beihilfe gegen den Großbetrieb wenig ausrichten.

Im Verdachte des Hermaphroditismus soll, einem Berichte des Herrn Direktor Samt zufolge, jenes Kallambild stehen, welches die Firma Kaud u. Hartmann nicht an die Anschlagstulen kleben will, weil das Polizeipräsident es ihr verboten habe. Es handelt sich bekanntlich um das Plakat, auf welchem eine weibliche Figur das „Zeichen des Kreuzes“ in die Höhe hält, um auf ein Theaterstück gleichen Namens, welches am Freitag im Friedrich-Wilhelm-städtischen Theater aufgeführt wird, aufmerksam zu machen. „Das

**Polizeipräsidium.** So schreibt uns Herr Direktor Samst, „erblickt in dem Bilde des Palats die Jungfrau Maria, es könne aber ebenso gut Christus vorstellen.“ Auf die Erwiderung des Direktors Samst, „daß schon aus der Gewandung der Figur des Bildes leicht erkennbar sei, daß diese ein Weib vorstelle, umso mehr, als unter jedem Palat der Name der weiblichen Haupttugend des Bildes „Mercia“ stünde, entgegnete das Präsidium: „Das Bild ist unreligiös, das rote Kreuz sei unchristlich.“ Auf die Bemerkung des Direktors, „daß dann ja sämtliche roten Kreuze der Wandgemälde Berlins polizeilicherseits entfernt werden müßten“, wurde der Bescheid zu theil, „daß die Direktion des Theaters ja leicht andere Bilder anfertigen lassen könne.“

Ob diese Mitteilung des Herrn Direktors Samst den Thatsachen entspricht, können wir natürlich nicht feststellen; aus eigener Anschauung des Palats will uns aber scheinen, daß selbst ein unchristliches Kind die auf dem Bilde gezeichnete Person für ein Weib weiblichen Geschlechtes halten wird.

**Noch ein Naud und Hartmann'sches Zensurstückchen.** In der vorgestrigen Versammlung des deutsch-freiwirtschaftlichen Arbeitervereins, so berichtet die „S. Ztg.“, sprach Dr. Moses über „Unsere Junferstippe“. Im Eingang seines Vortrages theilte der Referent mit, daß die Firma Naud und Hartmann sich geweigert habe, das Thema „Unsere Junferstippe“ an den Ausschläufen zu veröffentlichen, da das Wort „Stippe“ für die Junfer eine Beleidigung enthalte. Der Verein mußte sich dazu verstehen, das Thema dem Verlangen der Firma gemäß abzuhandeln.

**Die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft** hat neuerdings die städtische Verkehrsdeputation zu einer Probefahrt mit dem neuen, für den gemischten elektrischen Betrieb bestimmten vierachsigen Motorwagen, welcher mit Götlicher'schen Akkumulatoren ausgerüstet ist, über dessen erste Probefahrt bereits berichtet worden ist, eingeladen. Diese Probefahrt soll auf der Linie Nollendorfplatz—Schlossisches Thor—Trepptor erfolgen.

**Eine Verhöhnung des Publikums.** Am Montag frühmorgens um 10 Uhr bis zum Abend kalt und nach hienieder, rauhe Herbstwinde ließen die Menschen erschauern, es war mit einem Worte ein Hundewetter. Und an diesem Tage ließ die „Große“ Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft auf einer ganzen Anzahl von Strecken offene Sommerwagen verkehren. Die Sitzreihen waren naß, der Wind zog querdurch, — es war ein abscheulicher Aufenthalt, der so manche Erkrankung zur Folge gehabt haben muß. Wenn man frühmorgens nicht die richtigen Anordnungen getroffen hätte, so konnte dies doch vormittags oder mittags geschehen. Weit gefehlt, — es war Mittag, es war Abend, das Wetter wurde immer schlimmer, aber die offenen Zug-Wagen blieben. Das, so schreibt die „Abendpost“ mit recht, nennt sich ein weltstädtisches Verkehrs-Institut, und das findet Passagier in der Stadtverwaltung! —

**Das Ergebnis der Müllverbrennungsversuche,** für welche die Stadt Berlin nahezu 130 000 M. aufgewendet hat, sagt der soeben im Druck erschienene Bericht des Stadtraths Wohm dahin zusammen, daß eine Verbrennung nach englischem Muster, d. h. des Mülls, wie es aus den Häusern kommt, event. unter Anwendung eines Dampfgebläses, für unsere Verhältnisse nicht durchführbar ist. Im Sommer ist das Müll in unbedeutendem Zustande wohl brennbar, im Winter läßt sich dagegen eine Verbrennung nur mit Hilfe von Kohlenzusätzen erreichen; eine Verwerthung der Rückstände (wie in der Budapest'schen Anstalt) hat sich nicht gefunden. Wenn man die Müllverbrennung in Berlin einführen wollte, so könnte nur eine Verbrennung des aschereichen bzw. gesiebten Mülls unter Anwendung von trockenem Unterwind in Frage kommen. Es wäre dann erforderlich, entweder das Müll auf den Höhen von der Asche getrennt zu sammeln, oder in der Anstalt das mit Asche gemischte Müll einer Siebung zu unterziehen. Unter diesen Umständen ist von der Verbrennung des Mülls Abstand genommen worden.

**Auf Einladung** des Polizeipräsidenten v. Windheim werden die Mitglieder des Zentralkomitees für die durch Unwetter Geschädigten Deutschlands Donnerstag den 23. d. M., vormittags 11 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungs-Saal des Rathhauses zusammenzutreten. Die Tagesordnung enthält außer einem Berichte des geschäftsführenden Ausschusses einige Anträge desselben aus seiner letzten Sitzung, die bereits mitgeteilt worden sind.

**Unter verschlossenen Thüren** hat am Dienstag die brandenburgische Landwirtschaftskammer im Säbelsaale in Gegenwart des Oberpräsidenten v. Achenbach und des Regierungsraths Graf Pilati unter Vorsitz des Herrn v. Arnim (Wärterberg) über die Waisenangelegenheit beraten. Die Vorschläge der brandenburgischen Kammer waren bisher wie die der übrigen Landwirtschaftskammern, öffentlich. Wie wie dem Landwirtschaftskammer-Bericht in § 17 entnehmen, entspricht die Öffentlichkeit auch den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen. Der Paragraph besagt aber weiter, daß Gegenstände, welche sich nach Bestimmung der Landwirtschaftskammer zur öffentlichen Beratung nicht eignen, in nicht öffentlicher Sitzung beraten werden können. Man scheint der Waise auf öffentlichem Wege nicht mehr recht bekommen zu können.

**Die Errichtung eines „einfachen Gedenksteins“** auf dem Friedhofe der Märzgefallenen von 1848 wird jetzt auch im Magistratsbericht über die Gemeinde-Friedhöfe erwähnt; sie soll 1898 für 50-jährigen Erinnerung erfolgen.

**Eine Hebervorrichtung** recht unschöner Art läßt die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft an den Zubauern von Arbeiter-Wochenkarten in einem bestimmten Falle. Die Wochenkarten berechnen den Zubauer an den Werktagen zu zwei einfachen, morgens vor 7 Uhr und abends nach 5 Uhr anzureichenden Fahrten mit einem beliebigen Fahrplanmäßigen Wagen. Seit Montag wird der Grüne Weg neu gepflastert. Aus diesem Grunde halten die Wagen der Linie Kastriner Platz—Zoo-Platz nicht an der gewöhnlichen Endstation, sondern schon am Andreasplatz, und aus gleichem Grunde fährt der bisher um 7 Uhr fahrende Wagen, für den Arbeiter-Wochenkarten noch gültig waren, drei Minuten später von der provisorischen Endstation Andreasplatz ab. Diese Umstände bewegen nun die Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft plötzlich, den Zubauern von Wochenkarten das Mitfahren auf Grund ihrer Karte zu verweigern und so mußte ein Arbeiter, welcher gewohnt war, den in betracht kommenden Wagen zu benutzen, am Montag seine baaren zwanzig Pfennige für die längere Fahrt, die er zu machen hatte, bleihen. Eine Beschwerde bei der Direktion hat bisher noch keinerlei Erfolg gehabt. Ganz besonders bedenklich fand der Geschädigte es, daß ihm gestern Morgen die Wochenkarte auch für den Montag koupirt wurde, für welchen Tag ihm doch ein besonderes Fahrgeld abverlangt worden ist.

**Mißhandlung einer Geisteskranken?** Ein Berichtskatter meldet: Die Geistesranke Gertrud Friese, welche am Donnerstag voriger Woche aus der mütterlichen Wohnung zu Schöneberg a. entwichen war, ist jetzt von einem Beamten der Polizeiwache in der Linienstraße aufgefaßt worden, nachdem sie bis zur Erschöpfung umhergestreift war. Die Geistesranke ist früher längere Zeit in der Irrenanstalt zu Dalldorf internirt gewesen; das wurde sie von ihrer Mutter aus der Anstalt wieder herausgenommen, da sie in derselben — geschlagen worden sein soll! Der Körper der Kranken ist häufig mit diesen blauen Striemen bedeckt gewesen. Durch Beschwerden bei dem dirigierenden Arzte konnte ein Erfolg nicht erzielt werden und wurde den Verwandten genantwörtet, wenn ihnen die Behandlung, der die Geistesranke in der Anstalt unterworfen seien, nicht gefalle, könne es ihnen ja frei, ihre Angehörigen zu entfernen! Wie von der Familie versichert wird, sollen die in der genannten Anstalt Internirten solchen körperlichen Züchtigungen sehr häufig ausgesetzt sein.

Wie stehen diesen Mittheilungen mit sehr großen Zweifeln gegenüber. Alles was wir bisher über die Behandlung der Kranken in Dalldorf gehört haben, klang dahin zusammen, daß sie in jeder Beziehung schonend und human sei. Es wäre am Platze, wenn von authentischer Stelle aus baldigst Aufklärung über obige Mittheilung gebracht und das Publikum beruhigt würde.

**Die verhärteten Vorschriften über die Feuerficherheit** der Konzeptschreiber sind auch auf die „Philharmonie“ zur Anwendung gekommen. Die „Philharmonie“ muß einen neuen breiten Auszug nach der Köthenerstraße herstellen, der durch das Grundstück Köthenerstraße 82 geführt werden soll; das Haus muß zu diesem Zweck vollständig umgebaut werden.

**Eine neue Komposition** Wilhelm II. ist in Sicht. Wie nämlich dem „V. Tgl.“ aus Koblenz, wo der Kaiser weilte, gemeldet wird, unterhielt sich der Kaiser während des Dinners beim Erzherzog Friedrich viel über Musik und Literatur und bemerkte, daß er „nächstens etwas komponiren“ werde.

**Weibliche Kerzte** sind bekanntlich dem medizinischen Jünkerthum ein Grauel, und in geschmacklosen Späßen wird zuweilen die Forderung, daß Kerztinnen zur Praxis zugelassen werden, bewittelt. Leider hat sich bekanntlich auch die Regierung in dieser Frage auf durchaus reaktionären Boden gestellt. Vor einiger Zeit wurde der Vorschlag gemacht, städtischerseits eine Kerztin anzustellen, und zwar in erster Linie für die 1249 städtischen Lehrerinnen. Oberbürgermeister Zelle stellte in einer Magistrats-Sitzung einen diesbezüglichen Antrag, der aber leider mit großer Mehrheit und Entschiedenheit abgelehnt wurde. Eine Mittheilung aus Lehrerinnenkreisen veranlaßt uns heute, auf die Angelegenheit nochmals zurückzukommen. Bekanntlich haben die städtischen Lehrerinnen sich vor ihrer definitiven Anstellung einer gründlichen ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, die im Interesse des Magistrats so gründlich sein muß, daß sie, da der Untersuchende natürlich ein Arzt ist, für ein junges Mädchen mehr als peinlich sein muß. So hat sich jüngst ein Fall ereignet, der in den Lehrerinnen den Wunsch wieder besonders rege werden ließ, an stelle des Arztes doch endlich eine Kerztin zu erhalten, welche die Untersuchungen an ihnen vornimmt. Ein junges Mädchen hatte sich zur Vornahme der für ihre Anstellung als städtische Lehrerin notwendigen Untersuchung zu dem ihr angebotenen Postitus begeben. Das Mädchen mußte sich für die Untersuchung fast vollständig entkleiden; als die Untersuchung zu Ende war und das Mädchen hastig seine Kleider zusammenraffte, um sich anzukleiden, wies ihr der Arzt an, sich doch im Nebenzimmer anzuziehen. Das Mädchen öffnete die Thüre, prallte aber mit einem Ausschrei zurück; in dem Zimmer, das ihr der Arzt zum Ankleiden angewiesen hatte, saß zufällig ein Herr. Es folgte eine erregte Scene, das Mädchen verfiel in Weindrümpfe und konnte nur schwer beruhigt werden.

Wir wollen es unterlassen, auf diesen uns verbürgten Fall näher einzugehen, derselbe spricht für sich selbst. Aber wir glauben, daß der Magistrat den Lehrerinnen doch endlich sozial entgegenkommen beweisen könnte, sich ernstlich mit der Frage zu beschäftigen.

**Ueber die Wirksamkeit des Wöchnerinnenheims** geht der Presse folgende Mittheilung zu: In der Perimittante am Urban sind in den ersten drei Monaten 62 bedürftige Frauen entbunden und verpflegt worden; gleichzeitig wurde für den Haushalt der Wöchnerinnen in ihrer Abwesenheit durch Hauspflegerinnen gesorgt, die der Verein entsendete, so daß die Ersteren bei ihrer Heimkehr den Haushalt in besserer Ordnung finden konnten. Anderen Frauen, die ihr Wochenbett in der eigenen Wohnung abhalten konnten, sandte der Verein ausgebildete Wochenpflegerinnen. Alle diese Unterstüzungen, in besonderen Nothfällen auch durch Geld- und Naturalgaben vervollständigt, leistet der Verein unentgeltlich. Demnach ist eine Vertheidigung mit dem hier bestehenden Wöchnerinnenverein und dem Hauspflegerverein in Aussicht genommen, damit die Vereine in rechter Weise zusammenarbeiten und sich wechselseitig ergänzen. Die Annahme zur Aufnahme bedürftiger Wöchnerinnen findet in der Pflanzstätte „Am Urban“ (früher Erziehungsanstalt) täglich in den Nachmittagsstunden von 8 bis 4 Uhr statt.

**Störungen im Fernverkehr** hat der anhaltende mit Sturm gepaarte Regen mit sich gebracht. Nicht bloß innerhalb der Stadt waren verschiedene Leitungen so mit einander verbunden, daß durch Kreuzgespräche die dröckigsten Verwechslungen entstanden, sondern auch im Fernverkehr hörte man derartige Zwischengespräche, daß man sich nur sehr schwer verständigen konnte.

**Von der Bildsäule verschunden** ist ein Berliner „Musikdirektor“, der als Original in weiten Kreisen bekannt ist, nämlich der 40 Jahre alte frühere Handschuhmacher Gustav Ebeling aus dem Südosten Berlins. Seinem eigentlichen Berufe entsagte er schon lange aus Liebe zur Kunst. Nachdem seine Absicht, sich den Brettern zu widmen, schlagelassen, griff er zur Ziehharmonika. Diese beherrschte er, obgleich ohne jede Notenkenntnis, bis zu einer derartigen Vollkommenheit, daß er ganze Theile aus den neuesten Opern darauf vorzut. Außer der musikalischen Veranlagung besaß er großes Geschick in der Besorgung von Rechtsgeschäften und er soll manchem Anwalt große Verlegenheiten bereitet haben. Aber auch damit war seine Arbeitskraft noch nicht erschöpft: er leistete auch noch Hervorragendes auf dem Gebiete der Journalistik. Ihm, dem Allerwelts-Original, wurden von allen Seiten die Neuigkeiten zugetragen. Da er sich seit fast einer Woche an seinen Lieblingsplätzen nicht hat sehen lassen, so ist anzunehmen, daß ihm irgend ein Unfall zugefallen ist. Er hat ein untersehtes, etwas nach vorn gebeugtes Gesicht, hat ein etwas gerötetes Gesicht mit hoher Stirn; spärliches blondes, etwas ergrautes Haar, einen struppigen, rötlich blonden Schnurrbart und einen schlottenden Gang. Auf seine äußere Erscheinung pflegt er sehr wenig zu geben.

**Selbstmord eines Augenleidenden.** An seiner Redizin hat sich der 46 Jahre alte Arbeiter Jomier aus der Schöneleinstr. 8 vergiftet. Er war seit etwa sechs Jahren lungenleidend und zuletzt bettlägerig. Ein Arzt hatte ihm zur Linderung Morphiumtropfen verordnet, von denen er dreimal je 15 nehmen sollte. Seine Ehefrau, die ihn pflegte, überwachte auch die Ausführung der ärztlichen Vorschrift. Am die Mittagszeit war die Frau fortgegangen, um eine Besorgung zu machen. Der Kranke, der allein in der Wohnung geblieben war und dem die Schwere des Leidens vor Augen getreten sein mag, benutzte die Zeit, um den ganzen Inhalt der Medizinflasche auf einmal auszutrinken. Als die Frau von ihrem Gange zurückkehrte, glaubte sie zunächst, daß ihr Mann schlafe. Da er aber nicht erwachte und auch kein Lebenszeichen von sich gab, merkte sie bei näherem Nachsehen den Vorgang und rief den Arzt. Die Hilfe kam aber zu spät, das Gift hatte seine Wirkung bereits gethan.

**Der seit dem 16. d. M. aus Steintin flüchtige Kaufmann** Kurt Mai, welcher wegen Lotterievergehens und Unterschlagung von 3000 Mark zum Nachtheil der Firma Oskar Bräuer in Steintin verfolgt wurde, ist gestern hier festgenommen. Geld ist bei ihm nicht vorgefunden.

**Im Mariannepark** wurde gestern Abend der Dachdecker Georg Mecke von dem Dachdecker Adam Weissenborn aus noch nicht ermittelter Ursache durch einen Messerhieb in die Brust schwer verletzt. Er wurde in das Krankenhaus Bethanien übergeführt und der Thäter verhaftet.

**Zwei Unglücksfälle** werden dem am Montag niedergegangenen Unwetter zugeschrieben. Der 58 Jahre alte Arbeiter Karl Schorsch aus der Charlottenstraße 1 in Spandau glitt Montag bei der Admiralbrücke auf dem glatten Boden aus und kam zu Fall. Er zog sich einen gefährlichen Wund einer Kniekehle zu. Gegen 8 1/2 Uhr abends fiel der 24 Jahre alte Postgehilfe Oskar Manthey aus der Weissenburgerstr. 50 bei dem Bahnhof Friedrichstraße auf der durch den Regen schlüpfrig gewordenen Straße zu Boden und gerieth dabei unter die Räder einer Droschke. Er erlitt einen schweren Unterschenkelbruch.

**Feuerbericht.** Auf dem Boden des Hauses Stromstraße 47 brach Montag Nachmittag Feuer aus, das den Dachstuhl völlig zerstörte. Es liegt vermutlich Brandstiftung vor. — Abends fand im Lager der Gummiwaaren-Fabrik von M. Anton, Elisenb.-Ufer 19, ein Brand statt, bei dem beträchtliche Vorräthe vernichtet wurden.

### Aus den Nachbarorten.

**Die Schlosskammer in Spandau,** das frühere Zuchthaus, aus dem Gottfried Rinkel, mit Hilfe von Karl Schurz und einigen

Spandauer Bürgern einst unter dem Jubel aller gestitteten Menschen gerettet wurde, ist an den Kaufmann Stimmel in Spandau für 375 000 M. verkauft worden. Das alte, mitten in der Altstadt an vier Straßenfronten belegene Bauwerk wird abgerissen, um Neubauten erstehen zu lassen.

**Für die Schwarzpulver'sche Maschinenfabrik** ist zwischen Königs-Wusterhausen und Hohenlyhne ein 200 Morgen großes Terrain zum Preise von 850 000 M. erworben worden, um dort große Fabrikanlagen zu errichten. Die Verkäufer des Terrains hatten dasselbe erst vor einigen Jahren für 50 000 M. erworben.

**Den Verlust des rechten Auges** hat der Schlosser Kairich zu betlagen, welcher in eigenartiger Weise verunglückte. K. befand sich am Sonntag mit mehreren Freunden in der benachbarten Kolonie Hohen-Schönhausen. Beim Abkneimen einer Zigarre beach das von ihm benutzte Streichholz beim Anstreichen ab und die brennende Kuppe flog dem Schlosser in das rechte Auge. Dasselbe ist so schwer verletzt, daß die Wiederherstellung der Sehkraft ausgeschlossen erscheint.

### Kunst und Wissenschaft.

**Wilhelm Wattenbach,** einer der angesehensten Historiker Deutschlands, ist am Montag Nachmittag auf der Heimreise nach Berlin in Frankfurt am Main gestorben. Er war 1819 geboren und schon vor seiner Habilitation an der Berliner Universität im Jahre 1851 war er Mitarbeiter an dem großen Perich'schen Sammelwerk der deutschen Geschichtsdenkmale. Später war er Provinzialarchivar in Breslau, dann Professor der Geschichte in Heidelberg und seit 1878 wieder in Berlin. Er hat zahlreiche Arbeiten zur Schriftkunde der griechischen und römischen Literatur verfaßt, außerdem Geschichtswerke über Stoffe aus verschiedenen Zeitaltern, so eine „Geschichte des römischen Papstthums“. Besonders bekannt in weiteren Kreisen ist sein Buch „Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter“ geworden. Als Universitätslehrer erstreckte er sich bei seinen Hörern großer Beliebtheit.

### Soziale Rechtspflege.

**Dem Ruhmestranz,** den neulich die Berliner Metallarbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft wanden, können wir noch ein Blatt hinzufügen. Es vergeht fast kein Verhandlungstermin der Kammer V. des Gewerbegerichts, wo sich nicht diese Gesellschaft als Beklagte vertreten lassen muß. Der Metallarbeiter N. hatte ebenfalls geklagt. Er verlangte eine Entschädigung für mehrere Tage und machte zur Begründung geltend: Drei Jahre sei er im Betriebe thätig gewesen, dann habe er dort in einen Unfall erlitten, und nach seiner Genesung sei er nicht wieder eingestellt worden, obwohl er sich mehrmals zur Verfügung gestellt habe. Der Vertreter der Gesellschaft erklärte diese für nicht verpflichtend, N. auch nur einen Pfennig für die Tage zu zahlen, an welchen Kläger darauf gewartet hat, wieder beschäftigt zu werden. So geht man mit Arbeitern um, deren Gesundheit bei ihrer im Betriebsinteresse liegenden Thätigkeit geschädigt wurde. Das veranlaßt einen der Arbeiter beifügen, so sagen, das es doch nicht recht sei, jemanden auf diese Weise fortzuschicken, wenn er drei Jahre in der Fabrik gearbeitet habe und infolge eines Unfalls krank gewesen sei. Der Vertreter der Beklagten hielt sich aber an seinen Schein, der den Kündigungsausschluß deutet. Nach erfolgter Beratung zog der Kläger auf Kurathen des Vorsitzenden die Klage zurück.

### Gerichts-Beitrag.

**Der Streit der Berliner Zimmerer** brachte dem Zimmermann Lange eine Klage wegen Körperverletzung ein, welche gestern vor der 134. Abteilung des Amtsgerichts I verhandelt wurde. Am 7. Juli er, waren auch die Zimmerer auf einem Neubau in der Treckowstraße, auf welchem der Angeklagte und Zimmermann Lochmann beschäftigt waren, in den Unstund eingetreten. Der Angeklagte schloß sich den Streikenden an und ebenso erklärte sich Lochmann mit ihnen solidarisch, legte die Arbeit nieder und versprach freiwillig, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, als bis der Streit beendet war. Trotz dieses Versprechens begab sich Lochmann an demselben Tage zu dem bisherigen Arbeitgeber und erbot sich zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit (welche dann auch thatsächlich am nächsten Tage erfolgte). Als der Angeklagte ihn darüber zur Rede stellte, bestritt Lochmann, daß er sein Versprechen brechen wolle. Doch noch an demselben Tage wurde dem Angeklagten durch einen Bekannten der Vorbruch Lochmann's bezeugt. Als dieser den Angeklagten kurz darauf in der Marienburgstraße traf, sprach er ihn wieder an, erhielt jedoch — wie er wenigstens behauptet — keine Antwort. Darüber ergrimmte er, so daß er dem Lochmann eine Ohrfeige gab. Lochmann fiel hin und schlug sich etwas blutrünstig. Staatsanwalt Kanow beantragte 20 M. Geldstrafe, während Rechtsanwalt Dr. Herzfeld um eine geringere Strafe bat, weil den Angeklagten der Vorbruch Lochmann's aufgeregt habe. Der Gerichtshof war aber der Meinung, daß die Arbeiter, welche arbeiten wollen, gegen Ausschreitungen Streikender geschützt werden müssen; er ging über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß hinaus und erkannte auf 30 M. Geldstrafe.

**Eine schwere Schädigung** ist der Orts-Krankenkasse der Maschinenbauer durch ihren früheren Kassirer, den Restaurateur Ernst Bräuer, zugefügt worden, welcher gestern unter der Auflage der Unterschlagung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stand. Bräuer hatte die Beiträge von den Mitgliedern eingeziehen und darüber durch Einleiben von Marken in die Quittungsbücher der Mitglieder zu quittiren. Die Marken hat der Angeklagte ordnungswidrig verwendet, aber von den eingezogenen Beträgen hat er einen erheblichen Theil für sich verwendet. Als er endlich zu der lange hinausgeschobenen Abrechnung gezwungen wurde, stellte sich ein Fehlbetrag von annähernd 4000 M. heraus. Der Angeklagte wollte einen Theil des Geldes verloren haben; außerdem entschuldigte er sich damit, daß er der umfangreichen Buchführung nicht gewachsen sei und seine Vorgänger ebenfalls Fehlbeträge hätten decken müssen. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust; der Verteidiger, A. v. Dr. Schwandt, erreichte zwar, daß dem Angeklagten die Ehrenrechte belassen wurden, dagegen wurde die Strafe auf ein Jahr Gefängnis festgesetzt und hiervon ein Monat durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht.

**Der Polizeiverwalter als Inquistor.** Die „Staatsbürger-Zeitung“, ein der Reichseisenbahn gewis nicht verdächtiges Blatt, bringt in Nr. 439 folgende Mittheilung:

**Elberfeld.** Im Jahre 1890 war ein Handlungs-Gebrüder von seinem Geschäft beauftragt worden, einen versiegelten Brief, der Geld enthielt, zu einem Geschäftsfreunde zu bringen. Sein Weg hatte ihn an der Wohnung seiner Eltern vorbeigeführt; er war hineingegangen und hatte bei seiner Mutter Kaffee getrunken. Als er dann auf seinem weiteren Wege zu der Wohnung des Empfängers des Briefes gekommen, war der Brief verschwunden. Der Junge lief darauf zum Geschäftstotal zurück und machte von dem geschiedenen Mittheilung. Man glaubte ihm nicht recht. Ein Geschäftsausgestellter, ein ehemaliger Hauptmann, stellte ihn energisch zur Rede und ließ ihn dem Polizeiverwalter vorführen. Diesem, der gleichfalls Hauptmann gewesen, gestand der Junge ein, daß er den Brief seiner Mutter gegeben, und daß jene ihn geöffnet und den Inhalt sich angeeignet habe. Auf Grund dieses Geständnisses wurde vom Schöffengerichte, und von der Strafkammer Elberfeld als dem Berufungsgerichte, der Lehrling wegen Unterschlagung zu vier und seine Mutter wegen Hehlerei zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt. Zwar hatte der erstere das Geständnis widerrufen, weil es unwichtig und ihm unter Drohungen sowie mit Schlägen abgepreßt worden sei, und die Mutter hatte die Angaben ihres Sohnes für

unwahr erklärt; das Gericht hatte aber diesem Widerworte den Glauben versagt, obwohl sich in der Verhandlung ergeben, daß jener Geschäftsangestellte dem Jungen mit Schlägen gedroht und daß der Polizeiverwalter ihm einen leichten Schlag gegeben hatte. Mutter und Sohn verbüßten darauf die erkannten Strafen. Nach sechs Jahren stellte sich die Mischuld beider heraus. Ein Fuhrmann brüstete sich im Gespräch damit, daß er vor Jahren einmal einen guten Fund gemacht habe. Das kam zufällig zur Kenntniss der Verurtheilten. Sie veranlaßten die Wiederaufnahme des Verfahrens. Die Untersuchung ergab, daß in der That jener Brief an dem Tage, an dem der Junge ihn befördern sollte, und auf dem Wege, den er damals gegangen sein wollte, von Fahrleuten gefunden worden war und daß diese den Geldinhalt sich angeeignet hatten. Im Wiederaufnahme-Verfahren wurden Mutter und Sohn freigesprochen, weil ihre Unschuld nachgewiesen war. Die Mutter wandte sich darauf an den Justizminister, um eine Entschädigung zu erlangen. Diese ist ihr vor kurzem auch, wie die „Fr. Ztg.“ berichtet, in einem größeren Betrage ausgezahlt worden.

Der Fall ist nach mancher Richtung hin lehrreich. Hat sich hier auch nichts von dem so viel besprochenen „Segen der Berufsinstanz“ gezeigt, so wirkt die Affäre ein um so schärferes Licht auf die deutsche Strafrechtspflege und was mit ihr zusammenhängt. Denn muß es nicht Wunder nehmen, daß zwei Gerichtsinstanzen dem auf solche Weise erzielten Ergebniss eines gequälten Kindes Gewicht beilegen? Spürten die Richter, die hier in Frage kommen, nichts von dem Mißtrauen in sich, das aus nur zu berechtigten Gründen zuweilen polizeilichen Protokollen entgegengebracht werden muß und das selbst vom Reichsgericht in einem Erkenntnis vom 27. März 1893 (Preuss. Justiz-Ministerialblatt S. 285, Jahrgang 1894) mit folgenden Worten empfohlen wurde:

„Die Norm des § 233 (Erklärungen des Angeklagten, welche in einem richterlichen Protokolle enthalten sind, können zum Zwecke der Beweisnahme über ein Geständnis verlesen werden) ruht unbedingten auf dem Mißtrauen, welches die Gesetzgebung allen unter unkontrollierbaren Einflüssen (hier waren dieselben noch dazu sehr kontrollierbar) und mit Zuchtbaus bedroht. D. Red.) von polizeilichen und anderen administrativen Organen den Beschuldigten abgerungenen Geständnissen und den hierüber niedergeschriebenen Vermerken entgegensteht.“

So der Gesetzgeber, so das Reichsgericht! Wie sehr haben beide recht!

Gegen den Polizeiverwalter und ehemaligen Hauptmann wird der Staatsanwalt, gestützt auf § 343 des Strafgesetzbuches, einschreiten müssen. Dieser Paragraph lautet:

„Ein Beamter, welcher in einer Untersuchung Zwangsmittel anwendet oder anwenden läßt, um Geständnisse oder Aussagen zu erpressen, wird mit Zuchtbaus bis zu fünf Jahren bestraft.“

Der Geschäftsangestellte und ehemalige Hauptmann mag seine Schuld von seinem Gewissen richten lassen.

Der Fall aber ist eine dringende Mahnung auch an unsere Richter, das gefährlich vorgeschriebene Mißtrauen gegen polizeiliche Protokolle sich härter angelegen sein zu lassen.

Ein uncorrigiertes Wiedersehen fand dieser Tage im Moabiter Untersuchungsgefängnisse statt. Wegen eines Einbruchs war ein Mann eingeliefert worden, der sich „Krüger“ nannte und unter diesem Namen auch in den Akten geführt wurde. Der Einbrecher sollte gerichtlich vernommen werden, um aber die Vorführung zu vermeiden, begab sich der betreffende Staatsanwalt in das Untersuchungsgefängnis, um hier die Vernehmung vorzunehmen. Als er aber den Gefangenen erblickte, da rief er im vollen Erstaunen aus:

„Was, Sie wollen Krüger heißen? Sie sind ja Müller!“ Der Gefangene bestritt hoch und theuer, ein anderer als Krüger zu sein, die Vernehmung fand zwar statt, aber es wurden nun eingehende Ermittlungen über den wirklichen Namen des Verbrechers angestellt. Der Staatsanwalt glaubte seiner Sache sicher zu sein, da er sich erinnerte, bei der letzten Vorstrafe des Gefangenen die Anklagebehörde vertreten zu haben. Er hatte recht, denn die angefertigten Ermittlungen haben ergeben, daß sich hinter dem Pseudonym „Krüger“ der Brillantendieb Maler Ferdinand Paul Rudolph Müller verbirgt, welcher in Gemeinschaft mit dem Grafen Karl Friedrich Wilhelm Schäfer am 9. August v. J. bei dem Kapitän zur See A. D. Freiherrn v. Nössing in der Villa Jägerstr. 4 zu Großlichterfelde einen Einbruch verübte und bei dieser Gelegenheit 5000 M. bares Geld und für etwa 10000 M. Brillanten gekloppt hat. Am 24. November v. J. ist Müller wegen dieses Diebstahls zu drei Jahren Zuchtbaus verurtheilt worden, sein Kompije erhielt 2 1/2 Jahre Zuchtbaus. Müller wurde zur Verbüßung seiner Strafe im Zuchtbaus zu Bries in Schloffen untergebracht, ist aber vor mehreren Monaten von dort entwichen und bisher nicht eingefangen worden. Er ging wieder nach Berlin, um hier vom Ertrage seiner Diebstähle zu leben, bis er schließlich der Polizei in die Hände fiel. Nun hat er von neuem Zuchtbaus zu gewärtigen und dann die alte Strafe noch abzulösen. Erneute Fluchtversuche wird man ihn nun wohl zu vereiteln wissen.

Ein Liebedienst. Wer in der Kneipe mit seinen „Geldenthaten“ prahlt, geräth leicht in die Gefahr, die Zecher bezahlen zu müssen. Dem früheren Restaurateur und jetzigen Kassierer Karl Friedrich Schulz aus Berlin ist es so gegangen. Derselbe hatte im Jahre 1893 kurz hintereinander zwei Vorstrafen mit je 150 M. Geldstrafe erlitten. Da er nicht zahlen konnte, sollte er die substituirte Gefängnisstrafe von zwei Monaten im Filialgefängnis zu Nummernburg verbüßen. Um nicht aus seinem Geschäft gerissen zu werden, bewog er den Arbeiter Friedrich Müller in statt seiner die Strafe zu verbüßen. Er sicherte dafür 100 M. zu und Frau Müller konnte sich jede Woche bei Schulz 12 Mark holen. Die Sache glückte über alles Erwarten. Müller hieß im Gefängnis „Schulz“, unterschrieb mit diesem Namen die Aufnahme- und Entlassungsprotokolle; schon waren mehr als 3 Jahre darüber vergangen und bereits schien Was über die Sache gewachsen zu sein, da fiel es eines Tages dem Schulz ein, sich am Biertisch des „Kunstflüdes“ zu rühmen. Vom Biertisch bis zur Polizei ist nur ein kleiner Schritt, die Sache kam zur Kenntniss der Behörde und die Folge war, daß Müller und Schulz wegen Fälschung öffentlicher Urkunden bezw. Auslösung dazu vor dem Schwurgericht am Landgericht II standen. Die Geschworenen bewilligten mildernde Umstände. Das Urtheil lautete für Müller auf 2, für Schulz auf 3 Monate Gefängnis.

Ein ungeheurerlicher Fall unlauteren Wettbewerbes, der bei seiner ersten Verhandlung vor der Strafkammer bezweifeltes Aufsehen gemacht hatte, beschäftigte gestern abermals die IV. Strafkammer des Landgerichts I. Der Bankier Emil Klein war überführt worden, daß er mit Hilfe des Kassaboten des Bankiers Alfred Märker wiederholt nach Schluß der Geschäftsstunden Einlaß in das Märker'sche Komptoir gefunden, dort Skripturen, die sich auf den Linden-Bauverein bezogen, durchstöbert und auf diese Weise Geschäftsgeheimnisse des Märker ausgeduldet habe. Der Gerichtshof machte ihn auch für Briefe beleidigenden Inhalts verantwortlich, die ein Anonymus an die Kunden des Bankiers Märker gerichtet hatte. Der Angeklagte wurde wegen Vergehens gegen das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes zu 6 Monaten Gefängnis und wegen Beleidigung zu 6 Wochen, im ganzen zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Auf die vom Verteidiger A. M. Dr. Schwandt eingelegte Revision erkannte das Reichsgericht, welches an dem Urtheil bezüglich des unlauteren Wettbewerbes nicht rüttelte, daß der auf die Beleidigung bezügliche Theil der Anklage zu erneuter Verhandlung an die Strafkammer zurück zu geben sei. Im gestrigen Termin zur Hauptverhandlung erklärte sich der Zeuge Märker bereit, den Strafantrag wegen Beleidigung zurück zu nehmen, was aber nach dem Stande des Prozeßverfahrens sich als unzulässig erwies. Der Gerichtshof erkannte mangels ausreichenden Beweises für die Thäterschaft des Angeklagten auf Freisprechung von der Anklage der Beleidigung, es verblieb aber bei der Strafe von fünf Monaten wegen des unlauteren Wettbewerbes.

**Sichtlichlich der Versicherungspflicht der Bautechniker**

gegen Alter und Invalidität hat der Magistrat in einer durch Kreisgerichtsrath Dr. Hille geführten Rechtsstreitfrage dahin entschieden, daß der betr. Kläger nicht verpflichtet sei, für die von ihm beschäftigten Techniker Beitragsmarken zu verwenden. In den Gründen wird, nach der „Baugew.-Ztg.“, ausgeführt, daß Techniker mit höherer wissenschaftlicher Vorbildung und ausschließlich höheren, mehr geistigen Arbeiten der Versicherungspflicht auf Grund Ziffer 4 der Anweisung vom 31. Oktober 1890 überhaupt nicht, mit anderen Berichtigungen betraut jedoch nur so lange unterliegen, als ihr Jahreseinkommen 2000 M. nicht übersteigt. Hiernach können also die Inhaber Berliner Baugeschäfte mit Erfolg die Befreiung ihrer technischen Hilfsarbeiter von der Versicherungspflicht geltend machen.

**Von der Königsberger Börsehallen-Affäre.** Aus Königsberg wird berichtet: In der Privatklagesache des Affessors Waldmann gegen die Mitglieder der Börsehallen-Direktion und den Chefredakteur der „Königsberger Hartungs'schen Zeitung“ Walter wurde vom Oberlandesgericht die Revision des Privatklägers gegen das Berufungsurtheil des Landgerichts bezüglich der Direktionsmitglieder Alexander, Cohn, Fuhrmann und Lange verworfen. Bezüglich Walter's und der Widerlage des Amtsgerichtsraths Alexander wurde die Sache wieder an das Landgericht zurückverwiesen. In der Berufungsinstanz waren alle Angeklagten freigesprochen worden.

**Der Mörder des Bankiers Kohn zum Tode verurtheilt.** Aus Wien meldet der Telegraph: Dieige Blätter melden aus Wadowice, daß die Mörder des Bankiers Kohn in Plesch, Wladarski und Stacho, nach 10 tägiger Verhandlung einstimmig des Raubmordes an Kohn, des Mordes des Gutsbesizers Homa, sowie der Religionsstörung und der Beleidigung der Mitglieder des Kaiserhauses schuldig erkannt und zum Tode verurtheilt worden seien.

### Bum Ausstand der Formner.

Die „Vossische Zeitung“ ist mit der von uns gestern gegebenen Darstellung der Ursachen des Formnerstreiks immer noch nicht zufrieden. Sie findet unsere Ausführungen „widerspruchsvoll“ und bemängelt auch, daß wir dem Herrn Vorsig keinen „Gewährsmann“ gegenüber zu stellen vermögen. Wir bemerken schon vorweg, daß wir auch heute davon Abstand nehmen müssen, Gewährsmänner zu nennen, wenn aber die „Vossin“ unsere Darstellungen mit denen von den Arbeitern selbst in den Versammlungen gegebenen vergleicht, so wird sie die vollste Uebereinstimmung herausfinden. Unsere Informationen gehen uns — das dürfte die „Voss. Ztg.“ ebenso gut, wie alle anderen Berliner Blätter wissen — von den Leitern der Organisationen zu, die mit den Streikenden in steter und engerer Fühlung sich befinden und die Ursachen des Streiks mindestens ebenso gut kennen als Herr Vorsig, der sich um die Differenzen gar nicht gekümmert, sondern alles untergeordneten Organen überlassen hat.

Falsch ist auch die Darstellung der „Vossischen Zeitung“, als ob es sich nur um die Weggabe des Kernmachers gehandelt hätte. Jeder auch nur einigermaßen mit den Einrichtungen einer Gießerei Vertraute weiß, daß diese Arbeit gar nicht von einander zu trennen ist. Für die in Frage kommende Arbeit wurde früher ein Preis von 161,80 M. gezahlt. Diese Arbeit sollte nur noch mit 150 M. belohnt werden. Zudem wurde den Arbeitern von dem neuen Kalkulator gesagt, daß der Kernmacher in Zukunft nicht mehr gestellt würde. Dieser Kernmacher ist ein Hilfsarbeiter, der in allen Gießereien den Formern beigegeben wird. Wenn die Formner diese Hilfskraft nicht zur Verfügung haben, verlieren sie ganz natürlich Zeit, die doch von ihrem Gesamt-Arbeitslohn in Abrechnung gebracht werden muß. Danach ist es doch ganz erklärlich, daß die Arbeiter dies als einen Lohnabzug ansehen mußten. Auch sonst haben die Vorsig'schen Arbeiter genug Grund zur Unzufriedenheit und der Streik ist gewiß nicht vom Jaune gebrochen. So gehören die familiären Einrichtungen der Gießerei der Firma Vorsig zu den schlechtesten in Berlin. Die Arbeiter mußten erst die Forderungen stellen, daß die Firma die gelehrt vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen an den Krähnen anbringen lassen soll. Wenn der Passus in der Fabrikordnung — wonach die Festsetzung der Arbeitspreise durch den Meister in Gemeinschaft mit den Formern erfolgen soll — gehalten worden wäre und der Kalkulator seine Hände aus dem Spiel gelassen hätte, wäre der Streik nicht entstanden, dies wollen wir noch einmal ausdrücklich wiederholen. Wie schlecht übrigens die bürgerliche Presse bedient wird, beweist zum Beispiel der Versammlungsbericht der „Voss-Zeitung“, in dem es heißt, „die erste Werksstätte, in der die Metallarbeiter anderer Kategorien durch den Formnerstreik in Mitleidenschaft gezogen wurden, ist die Eisenschloßwaarenfabrik von Georg Drechsler in der Brangelstraße, wo die Schlosser und Klempner feiern die Arbeit niederlegten“. Daran ist kein wahres Wort. Die Arbeitsniederlegung in dieser Werksstätte erfolgte aus ganz anderen Gründen, wie ausdrücklich in den Versammlungen erklärt wurde.

Die „Tante Voh“ macht uns schließlich noch den Vorwurf, daß wir, anstatt „zum Frieden zu mahnen“, „alle Schuld“ auf die Unternehmer schieben. Daß die Metallindustriellen, indem sie stets alle Verhandlungen rundweg ablehnen, Schuld tragen an den häufigen Zerwürfnissen, ist von vornherein klar. Auch in diesem speziellen Falle ist der mehrmalige Versuch der Arbeiter, mit Herrn Vorsig bezw. der Direktion in direkte Verhandlung zu treten, jedesmal schroff abgelehnt worden. Wir haben bisher uns darauf beschränkt, rein referendär über den Stand des Streiks zu berichten, ohne denselben irgendwie zu beeinflussen; aber so gern wir dazu beitragen möchten, Streiks von solch riesiger Ausdehnung, wie sie dieser anzunehmen droht, zu vermeiden bezw. zu Ende zu bringen, so hiesse doch in diesem Falle „zum Frieden mahnen“ in Wahrheit nichts anderes, als den Arbeitern anzurufen, bedingungslos zu Kreuz zu kriechen. Von Seiten der Arbeiter ist kein Versuch, eine Verständigung herbeizuführen, unterlassen worden, und sie sind auch jetzt noch nach wie vor zu Verhandlungen bereit.

Zu berichten ist noch, daß bis zum heutigen Abend in 13 Gießereien die Vorsig'sche Arbeit verweigert wurde; in diesen Betrieben stehen insgesamt 282 Formner aus.

### Versammlungen.

Im Stetigler Arbeiter-Bildungsverein hielt Genosse Flemining-Charlottenburg einen besüßlich aufgenommenen Vortrag. Dem Kassenbericht zufolge war im letzten Quartal eine Ausgabe von 39,40 M. und eine Einnahme von 60,20 M. zu verzeichnen.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichsfelde hielt am 18. September seine regelmäßige Versammlung ab. Genosse Krause hielt einen Vortrag über „Physik“ unter besonderer Berücksichtigung der Elektrizität. In der Diskussion beantwortete der Referent die an ihn gerichteten Fragen bereitwillig und eingehend. Nachdem der Vorsitzende bekannt gemacht, daß die Generalversammlung am 17. Oktober stattfindet, erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie, Geschichte und Geographie am 18. Oktober, abends 8 Uhr. Insekt. 10, v. 2 Tr. Teilnehmer werden schon jetzt aufgenommen in folgenden Stellen: 1. Schulz, Altonaerstr. 40a; 2. Reil, Gartenstr. 42; 3. Schiller, Moienthalerstr. 37; 4. Gietner, Müllerstr. 7a; 5. Paul Wäde, Wartenbergstr. 128; 6. König, Zieschenstr. 30. Alle Beschlüsse sind an den Vorstehenden Paul Wäde Jr., 30. Wartenbergstr. 128, Geldsendungen an den Kassier G. König, S. Tiefendachstr. 30, zu senden.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 1/2 Uhr statt!!!

Wohlgemuth. Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie auf diese Unannehmlichkeit aufmerksam machen. Warum halten Sie aber mit der Preisgabe des Adressmittels zurück?

### Witterungsübersicht vom 21. September 1897.

Stationen.	Barometer-Höhe in mm, reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stufe 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (9/5 = 4/9 F.).
Swinemünde	748	WSW	2	Regen	10
Danburg	747	WSW	7	bedeckt	9
Berlin	751	WSW	5	Regen	9
Biesbaden	757	WSW	1	bedeckt	11
München	761	WS	4	wolfig	7
Wien	760	WS	2	wolkenlos	9
Saparanda	758	WS	2	bedeckt	6
Petersburg	758	OSO	2	bedeckt	9
Coet	761	WSW	4	wolfig	15
Alberdeen	747	WSW	7	bedeckt	12
Paris	760	WSW	2	wolfig	11

### Wetter-Prognose für Mittwoch, den 22. September 1897.

Zunächst etwas wärmer, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und frischen westlichen Winden, nachher etwas kühler.

Beim bevorstehenden Quartalswechsel empfehlen sich folgende

### Partei-Expeditionen:

**Berlin vierter Wahlkreis O.:** Robert Engels, Frischstraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Saliyerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweidenerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunn:** Wilhelm Gahmann, Grünhaldenstr. 64. — **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Carl Mars, Rahment-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Pöhlitzstr. 34, Quergeb. part. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Sigmaringenstr. 34 und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten.) — **Rixdorf:** Oskermann, Jägerstr. 70, II. — **Schöneberg:** Wilhelm Baumier, Belgischerstr. 60, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto Jahn, Ober-Schöneweide, Siemenstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senffleben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** S. Bernlee, Rixstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Mohr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Hornstraße 15a. — **Baumshuldenweg:** Rich. Ullrich, Marienhalerstraße 18, I.

Kuherdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkr.**  
Mittwoch, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
bei Zubell, Lindenstraße Nr. 106.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn M. Schürte über: „Staatsverfassungen im Alterthum“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 238/20  
Um zahlreichem Besuch ersucht.  
Der Vorstand.  
NB. Heute Sonntag: Familien-Ausflug nach Schmargendorf, Restaurant Zandouci, Ruhlaerstr. 30.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Mittwoch, den 22. September, abends 8 Uhr.  
in Feuerstein's (oberem) Saal, Alte Jakobstr. 75 (nahe Rene Köpfer).  
**Versammlung.**  
Gäste sehr willkommen. [241/4] Der Vorstand.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
(Verwaltungsstelle Berlin).  
Donnerstag, den 23. September 1897, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branderversammlung d. Baulempner, Rohrleger u. Gehilfen im Lokale von Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Waldek Manasse über: „Die der Mensch, so kein Gott“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes: Angelegenheiten und Verschiedenes. — Nichtmitglieder haben Zutritt. — Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
160/20  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung!**  
**Former u. Berufsgenossen Berlins.**  
Große öffentliche Versammlung  
am Donnerstag, den 23. September cr., abends 8 Uhr,  
im „Kolberger Salon“, Kolbergerstrasse No. 23.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Streik bei Borsig und die Folgen desselben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

**Achtung!**  
**Brauerei- und Bierverlags-Hilfsarbeiter.**  
Donnerstag, 23. September, abds. 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a  
**Oeffentliche Versammlung aller in Brauereien beschäftigten Hilfsarbeiter**  
46/4  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Vergleichs-Kommission und des Gewerkschafts-Delegierten.  
2. Renwahl der Kommission und des Delegierten. 3. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Brauerei-Arbeiters, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.  
Die Vergleichs-Kommission der Brauerei- und Bierverlags-Hilfsarbeiter Berlins und Umgeb.

**Charlottenburg.**  
Mittwoch, 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstrasse 39:  
**Grosse Volksversammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Genosse Wagner. 2. Bericht der Stadtverordneten. 3. Diskussion. 4. Aufforderung der Kandidaten. 5. Verschiedenes.  
Um zahlreichem Besuch der Versammlung ersucht.  
206/15  
Der Vertrauensmann.



**Verfassungen.**

In einer öffentlichen Textilarbeiter-Verammlung, die am 20. September in der Andreasstr. 21 tagte, erfolgte die Bericht-erstattung vom internationalen Textilarbeiter-Kongress in Frankreich durch den dorthin delegiert gewesenen Kollegen Häblich. Es er-übrigt sich, auf die näheren sehr interessanten Details an dieser Stelle einzugehen, indem zur Zeit der Tagung des Kongresses der „Vorwärts“ bereits ausführlich darüber berichtete. Erwähnt sei hier noch, daß neben der tatsächlichen Vertretung der Textilarbeiter Englands, Frankreichs, Belgiens, Oesterreichs, Hollands und Deutsch-lands auch eine Vertretung Russlands anerkannt wurde, die in einer Zuschrift an den Kongress erblickt wurde, welche unter genauer Dar-legung der russischen Zustände die totale Unmöglichkeit einer persö-nlichen Delegation verwies. Von den 200 400 auf dem Kongress ver-treten gewesenen organisierten Textilarbeitern entfallen auf England allein 138 600. Im allgemeinen habe die Zahl der organisierten Textilarbeiter seit dem internationalen Kongress in Manchester über 10 000 zugenommen. Die Neuordnung der Beitragsleistung zum internationalen Secre-tariat, welches vor vier Jahren in Manchester eingesetzt wurde, hatte das Ergebnis, daß von den hiesigen Textilarbeitern 100 Mark mehr geleistet werden müssen. Zum Schluß wendete sich der Berichterstatter gegen eine zur Kongresszeit in die Presse lancierte Notiz, laut welcher zwischen Deutschen und Franzosen kein gutes Einvernehmen bestanden haben sollte; er konstatierte dagegen, daß das Verhältnis zwischen Beiden ein außerordentlich herzliches ge-wesen sei, welches noch durch die Freude der französischen Kollegen besonders zum Ausdruck kam bei dem Beschluß, den nächsten inter-nationalen Textilarbeiter-Kongress, wenn nicht plöblich Ereignisse hindernd dazwischen treten, in Deutschland stattfinden zu lassen. In der recht regen Diskussion wurde bemängelt, daß das Genossenschaftswesen auf dem Kongress nicht zur Sprache kam. Gutgeheißen wurde der ablehnende Standpunkt des hiesigen Delegierten zur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen ohne Lohnermäßigung. Im übrigen wurde der Bericht gutgeheißen. Die Verammlung ging nun zu Mißständen im Ge-werbe über. Es wurde festgestellt, daß in der Prignitz für einen Wochenlohn von 8—12 M. von früh 6 bis abends 7 auch 8 Uhr gearbeitet werde; aber auch in Berlin nächster Nähe, in Nieder-Schöneweide, würde in der Saison von früh 6 Uhr bis 8 Uhr nachts gearbeitet. Viele Arbeiter legen sich an Ort und Stelle kurze Zeit schlafen, um am anderen Morgen wieder weiter arbeiten zu können. — Den Geschäftsbericht der Agitationskommission der Provinz Brandenburg gab Lehmann. Dem Bestand von 8,49 M. und der Einnahme von 81,89 M. steht eine Ausgabe von 80,75 M. gegenüber. Eine Neuwahl der Agitationskommission für die Pro-vinz Brandenburg kam nicht zu Stande, weil sämtliche dazu vor-geschlagenen Personen ablehnten. Wegen vorgerückter Zeit und werthlicher Leerung des Saales vertagte man die Wahl der Agitations-kommission für Brandenburg und die Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaftskommission bis zur nächsten Verammlung.

Zum Streik der Former nahmen die Metallarbeiter Berlins am Montag Stellung in zwei sehr gut besuchten Verfassungen. In der Köppliner Hof hatten sich die Kollegen des Nordens in so großer Zahl eingefunden, daß der Saal durch die Polizei ab-gesperrt wurde und eine beträchtliche Zahl der Angekommenen keinen Einlaß mehr fanden. Der Referent Käthe beleuchtete eingehend die Ursachen und den Verlauf des Formerstreiks. Er wies darauf hin, daß die Arbeiter der Metallindustrie sich jahrelang mancherlei Bedrückungen der Unternehmer gefallen lassen mußten. Als seit dem Jahre 1890 der Geschäftsgang ein besseres wurde, habe auch die Organisation der Metallarbeiter einen Aufschwung genommen und die Kollegen für eine Verbesserung ihrer Lage zu interessiren gesucht, und eine solche auch hier und da erreicht. So sei in Berlin im vorigen Jahre eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt worden.

Daß die Arbeiter bei Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitreden wollten und hierin auch theilweise Erfolg hatten, das habe natürlich die Erbitterung der Unternehmer, vor allem des durch Herrn Kühnemann geleiteten Verbandes der Metallindustriellen hervorgerufen. Seit dem Streik der Metall-arbeiter bei Partung habe der Unternehmer-Verband die Taktik befolgt, durch seinen Arbeitsnachweis keinem Arbeiter Beschäftigung nachzuweisen, der nicht bereit war, solche in einer vom Streik be-troffenen Werkstätte anzunehmen. Dadurch sei zwar mancher Arbeits-willige von den Unternehmern an freiwilliger Arbeit gehindert worden, aber es sei nicht gelungen, Streikbrecher in nennenswerther Zahl zu finden. Diese Taktik habe der Unternehmer-Verband neuer-dings aufgegeben, weil infolge derselben manchem Fabrikanten die Arbeitskräfte knapp wurden. Besonders erbittert sei Herr Kühnemann und sein Anhang darüber, daß es den Formern und Gießerei-Arbeitern in letzter Zeit gelungen sei, in verschiedenen Betrieben eine Aufbesserung ihrer Lage im Wege gütlicher Vereinbarungen zu erlangen. Diese Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unter-nehmern seien den Kühnemännern ganz besonders zuwider. Mühte doch die Firma Grunauer, die sich mit ihren streikenden Arbeitern einigte, deshalb eine Strafe von 1000 M. an den Verband zahlen. Die Herren Kühnemann und Genossen wollen keine Vereinbarungen mit den Arbeitern. Sie wollen, daß der Ar-beiter sich den von ihnen diktierten Bedingungen ohne Widerspruch füge. Bei Gelegenheit des Formerstreiks der Firma Köpffmann u. Kühnemann hätte es leicht zu einem allgemeinen Ausstand kommen können, die Arbeiter hätten jedoch, wie seit Jahren, so auch bei dieser Gelegenheit alles gethan, um den Kampf zu vermeiden. Der Redner bespricht die in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Er-klärung, welche die Firma Borfig zu dem bei ihr ausgebrochenen Formerstreik giebt, und widerlegt die darin enthaltenen unzutreffenden Darstellungen. Er kritisiert einen Artikel der „Wost. Ztg.“, der den Führern der Arbeiter den Rath ertheilt, den drohenden allgemeinen Ausstand der Metallarbeiter im Keime zu ersticken. Ich bin der erste — sagt der Redner —, der die Hand zu einem friedlichen Aus-gleich bieten würde. Wir Arbeiter sind stets bereit gewesen, mit den Unternehmern zu unterhandeln. Der Streik bei Borfig wäre längst beigelegt, wenn sich die Firma zu Unterhandlungen bereit ge-funden hätte. Wenn also die Ursachen des Ausstandes nicht im „Keime erstickt“ werden konnten, so ist das nicht unsere Schuld, sondern allein Schuld der Unternehmer, die stets jede Unterhandlung mit den Arbeitern ablehnten, um — wie sie sagen — Herr im eigenen Hause zu bleiben. Als in der Verammlung am 12. d. M. beschlossen wurde, entgegen unserer früheren Taktik, die Former'sche Arbeit in allen Werkstätten zurückzuweisen, haben alle Kollegen, welche in der Gewerkschaft eine Stellung einnehmen, auf die Trag-werte dieses Beschlusses hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß infolge desselben tausende von Metallarbeitern in den Kampf gezogen werden könnten. Müge man diesen Beschluß auch für ver-rüht oder für taktisch unrichtig halten, jetzt müßte er ausgeführt werden, ein „Zurück“ gebe es nicht mehr. Der Kampf, den zu verhindern die Arbeiter seit Jahren bemüht waren, sei nun aus-gebrochen und müsse durchgefochten werden. Es handle sich jetzt darum, die Unternehmer-Organisation zu zwingen, daß sie die Organisation der Arbeiter als gleichberechtigten Faktor anerkenne und sich zu Verhandlungen mit der-selben bereit erkläre. Ein Unsin sei es, wenn bürgerliche Blätter schreiben, Redner habe gesagt, der Ring der Kühnemänner müsse gesprengt werden. Wir wollen den Unternehmern das Recht, sich zu organisiren, nicht streitig machen, aber wir müssen verlangen, daß man auch uns dieses Recht nicht abspreche. Ueber die Lage des Streiks theilt der Redner mit, daß es in einer Reihe von Gießereien wegen Verweigerung Former'scher Arbeit schon zum Ausstand ge-kommen sei, und daß in allernächster Zeit die Former und Gießerei-Arbeiter sämtlicher Betriebe auf die Straße gesetzt werden würden. Augenblicklich seien 324 Arbeiter ausständig, von denen 120 Berlin

verlassen haben. Da die Situation für die Streikenden günstig sei, so könnten dieselben mit Zuversicht dem weiteren Verlauf des Kampfes entgegensehen und auf einen Sieg ihrer Sache rechnen. Die Verammlung belandete durch lebhaften Beifall ihre Zu-stimmung mit den Ausführungen des Referenten. Nachdem sich eine Anzahl von Rednern in gleichem Sinne geäußert, wurde folgende Resolution angenommen: Die Verammlung erklärt, entsprechend früheren Beschlüssen, den Streik der Former der Firma Borfig für gerechtfertigt, und verpflichtet sich, mit allen zur Ver-sägung stehenden Mitteln für diejenigen Kollegen einzutreten, die infolge der Verweigerung jedweder Arbeit für Borfig durch die organisierten Unternehmer in den Ausstand getrieben werden. Jeder Eisenformer hat, laut früherem Beschluß, 10 pCt. seines Wochen-verdienstes und jeder sonstige Metallarbeiter mindestens 50 Pf. wöchentlich zum Streikfonds zu zahlen. Alle Listen und Marken sind wöchentlich abzurechnen. — Die imposante Verammlung wurde mit einem brausenden Hoch auf die Metallarbeiter-Organisation ge-schlossen.

In Cohn's großem Saal in der Benthstraße tagte die zweite Verammlung, die sich ebenfalls eines sehr guten Besuches erfreute und den gleichen Verlauf nahm, wie die obige. Der Referent Eitzi legte die Ursachen und den bisherigen Verlauf des Former-streiks dar, wandte sich gegen die in den bürgerlichen Blättern ver-öffentlichte Former'sche Erklärung und plädierte für eine kräftige Unterstützung des Formerstreiks durch alle Metallarbeiter. In der längeren Diskussion traten eine Anzahl von Rednern gleichfalls für weitgehende Unterstützung der Ausständigen ein und forderten zum festen Zusammenhalten in dem bevorstehenden Kampfe auf. Auch hier wurde die oben abgedruckte Resolution angenommen, nachdem Schlosser Quast gegen Festsetzung eines bestimmten Beitragssatzes zum Streikfonds gesprochen hatte und die Höhe des Beitrages in das Belieben jedes einzelnen gestellt wissen wollte. Im übrigen waren alle Redner mit dem Referenten einverstanden und die Stimmung der Verammelten, die mit einem dreifachen Hoch auf die Einheit der Metallarbeiter auseinandergingen, war eine sehr zuversichtliche.

In einer öffentlichen Musiker-Verammlung gab die Agitationskommission ihren Bericht. Danach wurden 112,75 M. vereinnahmt und 110,60 M. verausgabt. In die Kommission neu-gewählt wurden Meyer, Hartmann, Prapermann und Bernsdorf. Als Vertreter in die Gewerkschaftskommission wird Hoch, als Vertreter Lappe gewählt.

Die Holz- und Bretterträger hielten ihre letzte Verammlung am 12. d. M. bei Wille ab. Nach einem Vortrage Wagner's legte der Kassier Abrechnung vom Stiftungsfest; dasselbe hat einen Ueber-schuß von 15,75 M. ergeben.

Die Kommission zur Durchführung der geschlichen Sonntagruhe in den Gärtnereien hatte vor kurzem eine öffent-liche Gärtnerverammlung nach Weissensee einberufen, die von Ge-bilken und auch von Handelsgärtnern zahlreich besucht war. G ü n t h e r behandelte das Sonntagruhe-Gesetz und seine Wirkungen in eingehender Weise. In der folgenden regen Debatte wurde die Nothwendigkeit der Sonntagruhe im Prinzip allseitig anerkannt, doch wurde auch nicht verkannt, daß die Bestimmungen über die anhere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage für die Gärtnereien besonders schwierig seien. Die Verammlung beschloß daher, daß bei etwaigen Uebertretungen der Sonntagruhe-Bestimmungen seitens der Prinzipale fernerhin nicht ohne weiteres bei der Behörde An-zeige erstattet werden solle, sondern daß dies erst nach eingehender Prüfung der Sachlage erforderlichenfalls zu geschehen habe. Die Verammlung schloß mit einer Befprechung der rechtlichen Stellung des Gärtners in bezug auf die Gewerbe-Ordnung, und wurde hierbei hervorgehoben, daß die Handelsgärtner besser daran gethan hätten, wenn sie dahin gestrebt hätten, der Gewerbe-Ordnung statt dem allgemeinen Landrecht unterstellt zu werden, was von solchen zum theil anerkannt wurde.

Proben u. Preislisten portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. III.

**Glacé-Handschuhe**

für Damen, farbig 1,25, mit 4 Knöpfen, mit seidenen Raupen 1,75 Mk.

**Damenstrümpfe**

Wolle, schwarz 70 und 95 Pf.

**Tapissiererie-Artikel**

- Tablette-Decken mit Fransen 16, 20, 30 Pf.
- „ mit Hohlraum 18, 25, 30 Pf.
- Küchenhandtücher, grau 60, grau und weiß 75 Pf.
- Stubenhandtücher 85 Pf. und 1,30 Mk.
- Tischläufer 1,05 u. 1,20 Mk.
- Küchentisch-Decken 95 Pf.
- Rollkorb-Decken 70 und 95 Pf.
- Wandschoner 70 Pf. Bestecktaschen 1,40 Pf.
- Klammerschürzen 48 Pf.
- Markttaschen 80, mit Netz 85 Pf.

**Tricotagen**

- Herren-Normalhemden, imit. Vigogne, 4 Grössen 1,65, 1,80, 2,-, 2,10 Mk.
- Herren-Normalbeinkleider, imit. Vigogne, mittelfein, 6 Grössen 1,20, 1,35, 1,50, 1,70, 1,50, 1,80 Mk.
- Herren-Socken, mellert, gestriekt 65 Pf.

**Schürzen**

- Tändelschürzen 65 Pf. und 1,10 Mk.
- Wirtschaftsschürzen mit Achselband 1,60 Mk.
- Schwarze Kinderschürzen

Für ca. 7-8 1,25, 8-9 1,35, 9-10 1,45, 10-11 Jahre 1,60 Mk.

**Regenschirme**

- Damenschirme
- Gloria 2,10 Mk., mit Futteral 2,90 Mk.
- Halbseide mit Futteral und Paragon-Gestell 5 Mk.
- Reine Seide mit Futteral 5,75 Mk.
- Herrenschirme
- Gloria 2,10 Mk., mit Futteral 2,90 Mk.
- Halbseide mit Futteral und Paragon-Gestell 5 Mk.
- Reine Seide mit Futteral 6,25 Mk.
- Kinderschirme
- Zanella 1,20 Mk. Gloria 1,90 Mk.

Stickereien Stücklänge ca. 4 bis 4½ Mtr. Stück 50 Pf. bis 2,50 Mk.

Grosse Ausstellung der Damen-Confection und Pelzwaren-Abteilung.

**Warenhaus A. Wertheim**

